

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Pettizelle oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 37.

Donnerstag, den 13. Februar 1913.

20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Das historische Wesen des Imperialismus.

1.

Mit politischen Schlagworten ist es eine eigene Sache. Sie sind im politischen Kampf unentbehrliche, aber zugleich zweischneidige Waffen. Sie schleppen immer die Gefahr mit sich, die eigenen Anschauungen zu verflachen und zu verwirren.

Auch die sozialdemokratische Partei ist gegen diese Gefahr nicht gefeit, so sehr sie, im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien, um die Klarheit der politischen Begriffe bemüht ist. Nehmen wir beispielsweise zwei Schlagworte, die wir alle Tage gebrauchen: Miliz und Imperialismus. Wieviele langwierige und im Grunde überflüssige Diskussionen innerhalb der Partei hätten wir uns erspart, wenn wir eine kritische Untersuchung des historischen Begriffes Miliz befaßen. Die Meinungen, was denn eigentlich Miliz sei, gehen etwas weit auseinander.

Wenn wir in dem preußischen Heere von Jena das krasseste Gegenteil einer Miliz erblicken, so haben preußische Historiker erwidert: Im Gegenteil, in seinem Kern war dies Heer eine Miliz, denn seine größte Hälfte bestand aus Landeskindern, die zwar zu 20jähriger Dienstzeit verpflichtet waren, aber im ersten Jahr nur 3 Monate und in jedem folgenden Jahre nur einen Monat, im ganzen also nur 22 Monate unter den Fahnen standen, eine geringere Zeit als heute das sogenannte „Volk in Waffen“. Auf der anderen Seite hat Engels einmal gesagt, eine wirkliche Miliz sei erst in einer kommunistisch eingetrichteten und erzogenen Gesellschaft möglich, und selbst unter dieser Voraussetzung sei sie nur allmählich durchzuführen. Das hat freilich nicht gehindert, daß selbst ein so klarer Denker, wie Engels, ein andermal die ganz abweichende Meinung geäußert hat, wenn Frankreich und Deutschland einig wären, könnten sie die Miliz schon unter den heutigen Verhältnissen durchsetzen, aber an dem elsäß-lothringischen Zankapfel scheiterte die Geschichte.

Inzwischen gehört diese ganze Milizfrage leider noch zur Zukunftsmusik. Ungleich dringender ist die Notwendigkeit, über das Schlagwort des Imperialismus ins Klare zu kommen. Hier hat selbst das Wort kaum etwas mit dem Begriffe zu tun. Es ist sozusagen ein Verlegenheits-Schlagwort und deshalb umso gefährlicher. Was gemeinlich unter dem Imperialismus verstanden wird, ist eine Reihe von Erscheinungsformen der kapitalistischen Produktionsweise, die seit etwa einem Menschenalter immer kräftiger hervorgetreten sind, und heute die Achse der internationalen Weltpolitik bilden.

Natürlich hat man sich über sie vielerlei Gedanken gemacht, richtige und unrichtige Gedanken, aber zu einer systematischen Erklärung des Imperialismus ist es noch nicht gekommen. Soweit man sich darum bemühte, sagte man in Deutschland — innerhalb wie außerhalb der Partei — ehemals den Imperialismus als einen Rückfall auf historisch überlebte Entwicklungsstufen der kapitalistischen Produktionsweise auf. Diese Auffassung erhielt dadurch einen blendenden Schein von Wahrheit, daß die Anfänge der imperialistischen Politik in Deutschland mit der Anebelung der Arbeiterklasse durch das Sozialistengesetz zusammenfielen. Wenn anders Marx Recht hatte, zu sagen, daß diejenige Nation den Weltmarkt erobern werde, die ihre Arbeiterklasse zu emanzipieren wisse und daß gerade Deutschland bei seiner ungünstigen geographischen Lage auf diesen Weg gemiesen sei, so war es ja sozusagen mit Händen zu greifen, daß mit der gewaltsamen Unterdrückung der Arbeiterklasse auch der deutsche Kapitalismus auf veraltete Methoden zurückgreifen müsse, um den Weltmarkt zu erobern, auf Schutzzölle, Kriegsschiffe, koloniale Abenteuer usw.

Die Auffassung des Imperialismus als einer historisch rückständigen Erscheinung wurde aber auch außerhalb der Partei geteilt, ja gerade von denjenigen, die es am besten wissen mußten, von den eifrigsten Vorkämpfern der kapitalistischen Produktionsweise. In den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts sind die Anfänge der imperialistischen Politik von den linksliberalen Fraktionen des Reichstags und von der linksliberalen Presse viel heftiger bekämpft worden, als selbst von der Sozialdemokratie, deren Presse gefnebelt war und deren Vertreter im Reichstage sich noch an den zehn Fingern abzählen ließen. Aber heute freilich ist die kapitalistische Opposition gegen den Imperialismus vollständig verstummt; die schönen Seelen haben sich gefunden, zu Wasser wie zu Lande, und da der Imperialismus als Stütze auf dem Platze geblieben ist, so muß er doch die edlen Freiheitskämpfer, die einst gegen ihn an-

stürmten, zu überzeugen verstanden haben, daß er auf der kapitalistischen Höhe sei.

Unter diesen Umständen ist es in hohem Grade zu begrüßen, daß die Genossin Luxemburg das historische Wesen des Imperialismus zu ergründen sucht in einem umfangreichen, vom Verlage des „Vorwärts“ veröffentlichten Werke (Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus.) Es ist ein schwer gelehrtes Buch und gibt in einzelnen Kapiteln — bei aller Klarheit der Darstellung — auch dem aufmerksamsten Leser schwer zu knappende Mühe auf. Seine Besprechung in einer Tageszeitung und vor einem Leserkreise, dem gelehrtes Denken fern steht, ist nicht leicht, und sie wird dadurch noch erschwert, daß schon mehr als einer unserer Theoretiker die Arbeit der Genossin Luxemburg auf der Wage der Gelehrsamkeit gewogen und zu leicht befunden hat. Es seien uns deshalb zunächst einige allgemeine Bemerkungen über die Aufgaben unserer Tagespresse gegenüber unserer wissenschaftlichen Literatur gestattet.

Sozial ist klar, daß die erschöpfende wissenschaftliche Würdigung eines wissenschaftlichen Werkes nur in der wissenschaftlichen Literatur und Presse möglich ist. Daraus folgt jedoch nur, daß die wissenschaftliche Untersuchung im strengen Sinne des Wortes, was man etwa den wissenschaftlichen Handwerksapparat nennen mag, dem Urteil der Tagespresse entzogen ist. Um ein Beispiel anzuführen, so lassen sich gewisse subtile Fragen der politischen Ökonomie nicht ohne mathematische Formeln klarstellen. Man kennt aus dem ersten Bande des „Kapitals“ die die $w-g-w$, aus dem zweiten Bande die $c+v+m$ usw. Diese Hilfsmittel sind für die Klarheit und die Kürze der Darstellung nicht zu entbehren, aber sie sind eine leidige Notwendigkeit; Marx hat einmal bekannt, er habe in seinem ersten Bande die $w-g-w$ auf das unerläßlichste beschränkt, und wenn er seinen zweiten Band noch hätte druckfertig machen können, so würde er wohl auch mit dem $c+v+m$ nach Möglichkeit aufgeräumt haben. Jedoch da die Genossin Luxemburg ihre Untersuchungen an diesen zweiten Band anknüpft, so muß sie auch mit $c+v+m$ arbeiten, und das ist ihr zum Verhängnis geworden. Denn einer unserer scharfsinnigsten Theoretiker, der in einem viel gelesebenen Parteiblatt die Wage der kritischen Gerechtigkeit handhabt, hat in die eine Schale die $c+v+m$ gelegt, und in die andere das Buch der Genossin Luxemburg, wobei sich ergibt, daß die verteuerten kleinen Dinger die nahezu 30 Druckbogen nebst Einband hoch in die Luft schnellen.

Es ist gewiß möglich, daß der Genossin Luxemburg bei dem Gebrauch der $c+v+m$ einer oder der andere Rechenfehler unterlaufen ist. Wir wissen es nicht, da unser armer Laienverstand sich nicht in die Nähe jener gefährlichen Kobolde traut. Aber wenn wir annehmen, daß der Kritiker recht hat, so wäre damit höchstens bewiesen, daß der Genossin Luxemburg „das Rechnen mit Zahlen nicht geläufig“ ist und zugleich, daß es auf diese „mühsame Rechnerei“ im Grunde gar nicht ankommt. So urteilt nämlich Engels als Herausgeber über die Rechenfehler, die Marx im zweiten Bande des „Kapitals“ begangen hat. Nun aber will das Unglück, daß unser Kritiker selbst das Opfer der kleinen Bestien wird, mit denen er die Genossin Luxemburg eingekreist hat. In einer „Berichtigung“ muß er am Tage darauf gestehen, daß die $c+v+m$ im Sekertasten rebelliert haben und daß der Leser sie so ungefähr umkehren müsse, worauf es schon stimmen werde. Es ist nun höchst unwahrscheinlich, daß von je 10 000 Lesern auch nur 10 die erste mühsame Rechnerei mitgemacht haben, aber man kann seinen Kopf gegen einen Pflaumenkern verwetten, daß von diesen 10 auch nicht einer an der Hand der „Berichtigung“ die Geschichte noch einmal durchadern wird. Mit der ganzen Kritik ist also nichts erreicht, als daß ein namhafter Teil der Parteigenossen gegen das Buch der Genossin Luxemburg mißtrauisch geworden ist, ohne sagen zu können, wie und warum.

Diese Art der Kritik halten wir — nicht in der wissenschaftlichen Literatur, wohin sie gewiß gehört, aber — in der Tagespresse für unrichtig und selbst für ungerecht. Für ungerecht nicht sowohl gegen den Verfasser oder in diesem Falle die Verfasserin, denn ein gutes Buch bewährt seine Probehaftigkeit gerade dadurch, daß es sich auch durch die Dornen der schärfsten Kritik kämpft. Aber sie ist ungerecht gegen die Leser, gegen die große Masse der Parteimitglieder, die dem Gange der wissenschaftlichen Untersuchung nicht im einzelnen folgen können, jedoch an ihren Ergebnissen das lebhafteste Interesse haben. Diese Ergebnisse in einfacher und allgemein verständlicher Sprache den Massen zu übermitteln, ist recht eigentlich die Aufgabe der sozialdemokratischen Tagespresse.

Als Marx den ersten Band des „Kapitals“ veröffentlichte, hat Engels, ohne alle $w-g-w$ die hauptsächlichsten Gesichtspunkte des Werkes in ein paar kleinen Artikeln für die Arbeiterpresse zusammengestellt,

und nach diesem Vorbilde, das für uns freilich unerreichbar bleibt, wollen wir in sachlicher Kürze wiederzugeben versuchen, was die Genossin Luxemburg an neuen Gedanken und Tatsachen beigebracht hat, um das historische Wesen des Imperialismus zu erklären.
Franz Mehring.

Die neue Militärvorlage.

Die „Deutsche Zeitung“ will von unterrichteter Seite nähere Angaben erhalten haben, die vermutlich stimmen dürften, weshalb sie hier wiedergegeben werden sollen. — Die Vorlage befindet sich danach bereits beim Bundesrat und sieht für den 1. Oktober 1913 folgende Verstärkungen vor:

Infanterie:

1. Die noch fehlenden 20 dritten Bataillone werden bei den betreffenden Infanterie-Regimentern aufgestellt. Es sind dies das 5. Garde-Regiment zu Fuß, das 5. Garde-Grenadier-Regiment, die Infanterie-Regimenter 127, 152—54, 156—59, 162, 164, 167—70, 180, 181 und die bayerischen Regimenter 22 und 23. 2. Die noch nicht errichteten Maschinengewehr-Kompagnien bei 80 Regimentern werden zum 1. Oktober 1913 formiert; — ebenso 12 derartige Kompagnien der bayerischen Armee. 3. Der niedere Etat bei bisher 73 Bataillonen hört auf, so daß vom 1. Oktober ds. Js. ab 185 den hohen und 466 Bataillone den mittleren Etat besitzen sollen.

Kavallerie:

1. Die 16. Division in Trier erhält beide ihr fehlende Kavallerie-Regimenter, und zwar die Jäger-Regimenter zu Pferde Nr. 7 und 8, von welchen in dem vorjährigen Gesetze nur das erstere bewilligt war. 2. Die bayerischen Cheveaurleger-Regimenter, 2, 4, 5, 7 und 8 formieren ihre 5. Eskadrons, welche denselben bisher fehlten.

Feldartillerie:

1. Sämtliche Batterien des Feldheeres, soweit sie nicht bereits im hohen, bezw. mittleren Etat bespannt waren, — erhalten den letzteren Etat, — mithin die Bespannung für ihre 5. und 6. Geschütze. 2. Die reitenden Abteilungen des 1. Garde-Feldartillerie-Regiments und der Feldregimenter 1, 3, 5, 8, 10, 11, 15, 35, sowie des bayerischen Feldartillerie-Regiments 5, welche bisher 2 reitende Batterien zu 6 Geschützen besaßen, werden zu 3 Batterien von 4 Geschützen formiert. Die Abteilungen sollen in dieser Formation den aufzustellenden Kavallerie-Divisionen zugeteilt werden. Alle übrigen reitenden Batterien werden in fahrende Batterien zu 6 Geschützen umgewandelt.

Nach Durchführung dieser Verstärkung würde die deutsche Armee, einschließlich Unteroffizieren und Einjährig-Freiwilligen auf eine Friedenspräsenz von 650 000 Mann kommen. Artikel 60 der Reichsverfassung besagt:

„Die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres wird bis zum 31. Dezember 1871 auf ein Prozent der Bevölkerung von 1867 normiert, und wird „pro rata“ derselben von den einzelnen Bundesstaaten gestellt. Für die spätere Zeit wird die Friedenspräsenzstärke des Heeres im Wege der Reichsgesetzgebung festgestellt.“

Im Rechnungsjahr 1910 wurde die Friedenspräsenz ohne die 20 000 Einjährig-Freiwilligen, auf 505 839 Mann festgestellt.

Im Rechnungsjahre 1912 betrug die Präsenzstärke — ohne Einjährig-Freiwillige — 508 251 Gemeine, 88 529 Unteroffiziere, 2292 Sanitätsoffiziere und 25 743 Offiziere; also insgesamt Mannschaften 596 780, dazu 20 000 Einjährig-Freiwillige, macht 616 780 Mann. Die neue Militärvorlage, die die Einjährig-Freiwilligen außer Betracht läßt, wird eine Mehrforderung von 54 000 Mann bringen. Damit käme die deutsche Armee auf eine Friedensstärke — die Offiziere eingeschlossen — von rund 700 000 Mann. Bei einer Bevölkerungsziffer von 66 Millionen dürfte, 1 % zugrunde gelegt, die Stärke des Heeres nur 660 000 Mann betragen. Ueber die Stärke der Marine bestimmt die Reichsverfassung nichts. Sinngemäß muß angenommen werden, daß unter dem deutschen Reichsheer bei Schaffung der Verfassung auch die Marine mit einbegriffen war. Auf das eine Prozent der Bevölkerung müßte sonach auch die Marine mit angerechnet werden, die gegenwärtig eine Kapazität von 64 129 hat. Das eine Prozent ist sonach schon seit langen Jahren ganz erheblich überschritten worden, und die Forderung, daß die verfassungsmäßige Stärke des Heeres hergestellt werden müsse, war demnach schon immer sehr überflüssig.

Ueber die Deckungsfrage liegen bestimmte Nachrichten noch immer nicht vor. Die Kosten der Militärvorlage vom Jahre 1912 belaufen sich auf durchschnittlich etwa 110 Millionen Mark pro Jahr. Die vom Reichstage im vorigen Jahre verlangten Besitztsteuern sollen nun dazu dienen, die Kosten für diese Militärvorlage aufzubringen, so daß also für die neue Militärvorlage

die mehr kosten soll, als wie die Vorlagen von 1911 und 1912 zusammengekommen, die Kosten durch neue Steuern aufgebracht werden müßten. Der Vorschlag des Grafen Schwerin-Löwitz, dem Reiche die Stempelsteuern der Einzelstaaten zu überweisen, wird an dem Widerspruch der Konservativen und des Zentrums mit ihrem Anhang scheitern.

Es ist wichtig, immer wieder darauf hinzuweisen, daß die kommenden Besitzsteuern, wie sie der Antrag Erberger-Wassermann fordert, nicht etwa zur Deckung der kommenden Militärvorlage bestimmt sind, daß vielmehr hierzu unter allen Umständen neue Steuervorlagen gemacht werden müssen. Daß die bestehende Klasse bereit ist, Besitzsteuern in dieser Höhe auf sich zu nehmen, erscheint vollständig ausgeschlossen, das Ende vom Liede wird ohne Zweifel wieder ein Bündel neuer indirekter Steuern sein. Die Situation im Reichstage wird immer verworrener, und immer mehr macht man sich mit dem Gedanken einer baldigen Reichstagsauflösung vertraut. Es ist möglich, daß die Regierung vorher noch die Besitzsteuervorlagen im Reichstage einbringt, deren Erledigung naturgemäß nicht mehr möglich ist. Im Wahlkampf könnte man dann sehr wohl das Mandat anwenden, darauf hinzuweisen, daß, wie die Besitzsteuervorlagen beweisen, die gesteigerten Kosten für den Militarismus von den bestehenden Klassen getragen werden sollen. Man wird sich natürlich hüten, zu sagen, daß über diese Steuern bereits durch die Militärvorlage vom Jahre 1912 verfügt ist und daß für die neue Militärvorlage zunächst eigentlich jede Deckung fehlt. Diesem Mandat kann dadurch die Spitze abgebrochen werden, daß die Massen rechtzeitig immer wieder auf die wahren Tatsachen hingewiesen werden.

Die Erledigung des Etats vor Ostern ist jetzt völlig ausgeschlossen; die Regierung wird vor den Osterferien ein Notgesetz einbringen müssen, das ihr auf zwei, vielleicht auch auf drei Monate im Rahmen der bisherigen Ausgaben die Weiterführung der Geschäfte ermöglicht. Nach Ostern soll dann gleich die Militärvorlage eingebracht und sofort beraten werden, so daß damit gerechnet werden kann, daß die Entscheidung kurz vor Pfingsten fallen wird. Die Bosheitspolitik des Zentrums, die sich darin äußert, daß Stellen gestrichen werden, auf deren Bewilligung die Regierung großen Wert legen muß, trägt das ihrige dazu bei, daß die Verschärfung der Gegenläufe immer mehr in die Erscheinung tritt, und es ist ganz unverkennbar, daß das Zentrum trotz der Auslassungen der „Bayerischen Staatszeitung“ des Herrn Hertling auf eine Katastrophe hinführt. Wir können nur wiederholen, daß die Massen gut tun werden, sich auf Überraschungen jeder Art gefaßt zu machen.

Politische Rundschau

Deutschland.

Um das Wahlrecht.

Der Reichstag hat gestern den von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Initiativgesetzentwurf über die Einführung des freiesten Wahlrechts in allen Bundesstaaten und in Elsaß-Lothringen abgelehnt. Die offenen Gegner verzweigten sich hinter schwächlichen Kompetenzbedenken, den anderen, die auch Angst haben vor einer Ausdehnung der Volksrechte, gingen angeblich unsere Forderungen zu weit.

Die Kompetenzbedenken sind immer der bequemste Ausweg aus einer unbequemen Situation. Kein Mensch wird sich täuschen lassen über die wirkliche Gesinnung etwa der Konservativen oder ihrer reichsparteilichen Nachbarn, wenn sie mit solchen Phrasen hervortreten. Und es muß immerhin anerkannt werden, daß Herr Merz in von der Reichspartei unsere Forderungen als „maßlos“ bezeichnete, und daß der Graf Kanitz gleichfalls in der Erklärung seiner Fraktion offen gegen die demokratisierende Tendenz unseres Entwurfes protestierte. Das ist jedenfalls deutlicher als die Kneiferei des Zentrums und der Nationalliberalen, die in ihren von Herrn Spahn und Herrn Wassermann vorgetragenen Erklärungen nur jenes Problem der Zuständigkeit behandelten, unter platonischer Anerkennung der Reformbedürftigkeit des Wahlrechts in den Bundesstaaten. Die Fortschrittler, für die die Herren Kopsch und Sivkovitch sprachen, und die Polen, deren Verhalten von Herrn Seyda begründet wurde, stimmten zwar für die Einführung des Reichstagswahlrechts in den Einzelstaaten, lehnten aber ausdrücklich weitergehende Freiheiten ab.

Es erregte das lebhafteste Mißbehagen der bürgerlichen Parteien, daß die Sozialdemokratie gegenüber dieser Gleichgültigkeit die Wahlrechtsfrage mit aller Entschiedenheit aufwarf und die Verhältnisse der einzelnen in Frage kommenden Staaten von mehreren Rednern behandeln ließ. Für uns ist das Problem, namentlich des preussischen Wahlrechts, die große deutsche Frage, von deren Lösung die Schöpfung volkreicher und freier Zustände im ganzen Reich abhängt. Für uns ist es also sehr wohl das Interesse des gesamten deutschen Volkes und des Deutschen Reiches, das zur demokratischen Erledigung drängt. Und die bürgerlichen Parteien, namentlich der Rechten, mögen auch so schwerhörig sein, mögen auch so hartnäckig auf ihren Vorurteilen beharren, sie mögen alles tun, um ihre Gewaltherrschaft zu erhalten — den Eindruck haben sie zweifellos von dem geistigen Lage mitnehmen müssen, daß die Sozialdemokratie alles tun wird, um dem Volk zu seinem ursprünglichen und natürlichsten Recht zu verhelfen.

Genosse Weis begründete unseren Antrag. Aus der gewaltigen Fülle des Materials, das die preussische Geschichte bietet, gelang es ihm, die wertvollsten und wichtigsten Argumente vorzubringen. Seine Beweisführung war natürlich streng und wenn sie auch gegenüber der reaktionären Entschlossenheit der Rechten keine Wirkung erzielen konnte, so wird sie bei den Massen des Volkes sicherlich eine Wirkung ausüben, die für den Gang der Dinge von nicht geringerer Bedeutung sein wird. Am Schluß seiner Rede machte er ja auch gerade die Staatsrechtler zu einer Politik, die im besten Sinne parteipolitisch ist. Genosse Dr. Liebknecht, der als Zweiter sprach, machte sich ganz besonders gegen die preussische Reaktion zu. Letzt dem Volke des Volkes gelang es, gerade jetzt eine wilde Propaganda-

politik treibt. Dieses Junkerpreußen zu zertrümmern und ein freies Preußen zu schaffen, kennzeichnete er als unsere höchste Pflicht. Über die ganz und gar vorfalschlichen Verhältnisse Mecklenburgs, denen ein fortschrittlicher Antrag nicht einmal halbwegs zu Leibe rücken will, sprach in eingehender Darstellung Genosse Dr. Herzfeld. Die Genossen Hofmann und Wurm befaßten sich dann noch im besonderen mit den thüringischen Wahlrechtskonflikten. Dann folgte die Abstimmung.

Aus der Wahlprüfungskommission.

Die Wahl des Abgeordneten Warlo (Zentrum) wurde für gültig erklärt. — Zu lebhaften Debatten kam es bei der Prüfung der Wahl des Abgeordneten Dr. Arndt (Mansfeld). Im Wahllokal des ersten Bezirks der Stadt Eisenach war an der Wahlzelle das bekannte reichsverbändlerische Schwindelplakat angeheftet, in dem behauptet wurde, es seien gefälschte Stimmzettel im Umlauf, die statt auf Arndt auf Arndt lauten. Es handelte sich dabei um den bekannten Schwindel, den die Reichsverbändler seit Jahren anwenden. Unsere Genossen beantragten, diesen Protestpunkt als erheblich zu erachten, weil das Plakat an der Wahlzelle, also im Wahllokal, befestigt war. Mit 7 gegen 7 Stimmen wurde dieser Antrag abgelehnt. — Die Prüfung der Wahl wird am Donnerstag fortgesetzt.

Wilhelm II. und die Agrarier.

Von dem gestern in Berlin zusammengetretenen deutschen Landwirtschaftsrat hielt Wilhelm II. eine Rede, in der er über seine landwirtschaftlichen Erfahrungen in Rabinen — wo also nicht nur gepöpstelt wird! — sprach. Damit, so sagte er, ist der Beweis erbracht, daß die deutsche Landwirtschaft tatsächlich ihre Produktion erheblich steigern könne, so daß sie den Bedarf des deutschen Volkes an Fleisch und Brotgetreide übernehmen könne.

Das deckt sich mit der vom Landwirtschaftsrat aufgestellten These in der Vorlage zur Tagesordnung: Es steht außer jedem Zweifel, daß die deutsche Landwirtschaft technisch imstande ist, nicht nur die jetzige Bevölkerung des Reiches, sondern auch die künftige vermehrte Volksmenge mit den wichtigsten Nahrungsmitteln, insbesondere mit Brot, Fleisch und Kartoffeln in genügender Menge zu versorgen.

Die Agrarier, die sich für ihre Wucherzollpolitik eben auf die angebliche Möglichkeit, hinreichend Fleisch und Getreide liefern zu können, berufen, werden Wilhelm II. dankbar sein und ihre Königstreue neu aufpolieren. Das Wort vom „Brotwucher“, das sie einst so gekränkt hat, wird vergessen werden. Das „gewöhnliche Volk“ aber sieht, wie sehr Wilhelm II. Verständnis für die Interessen der — Junker hat.

Das Sündenregister des Herrn Delbrück.

Die Junker laufen Sturm gegen den ihnen unbequemen Staatssekretär des Innern, Dr. Delbrück. Sie werden ihm nie verzeihen, daß er die Absicht hatte, durch Einführung einheitlicher Wahlurnen die in Ostelbien übliche Wahlmogelei zu erschweren. Auf dem Bundestag der Landwirte in Götting hat der Vorsitzende, Major a. D. Frhr. v. Loen, das Sündenregister des Staatssekretärs wie folgt skizziert:

1. hat Herr Staatssekretär Delbrück die elsass-lothringische Verfassung mit Hilfe der Sozialdemokratie zustande gebracht;
2. hat er bei der Reichsverfassungsordnung von der „ritterlichen Kampfesweise“ des uns zur Genüge bekannten sozialdemokratischen Abgeordneten Herrn Stadthagen gesprochen;
3. hat er kürzlich erklärt, daß die Sozialdemokratie sich gegen früher geändert habe und milder und ungefährlicher geworden sei.
4. Demgegenüber hat er aber Angriffe gegen die Konservativen gerichtet, indem er ihnen andeutungsweise vorwarf, daß sie die soziale Frage nur mit Kampfmitteln gegen die Sozialdemokratie lösen wollten, sich aber der Einsicht verschloßen, daß zu ihrer Lösung soziale Reformen nötig seien;
5. verjagt der Staatssekretär den Arbeitswilligen den Schutz gegen die Streikposten, indem er sie auf die Zukunft vertröstet.

Der Major hatte all das sorgfältig aufgeschrieben vor sich liegen, sodas man annehmen darf, daß der Hauptredner des Tages, Dr. Dietrich Sahn, es ihm aus dem Bureau des Bundes der Landwirte mitgebracht hatte. Herrn Delbrück wollen die Junker durch einen Mann ersetzen, der dumm sein darf, aber stark sein muß. An solchen Leuten ist in ihren Reihen freilich kein Mangel; im Handumdrehen ist dieses Ziel aber doch nicht zu erreichen.

Erweiterung Ruhezeiten für das Eisenbahnpersonal.

Nach der Meldung einer Korrespondenz soll die geplante Neuregelung der Dienst- und Ruhezeiten des gesamten Personals der preussisch-hessischen Eisenbahnen und der Reichseisenbahnen bereits vom 1. Mai dieses Jahres ab allmählich zur Durchführung gelangen. Es heißt in der Korrespondenz: „Die wesentlichste Erleichterung bringen die für alle Bundesstaaten gültigen neuen Bestimmungen durch die Ausdehnung des Ruhezeitensollen allen Betriebsbeamten mindestens zweimal im Monat gewährt werden, dem Zug- und Stationspersonal, das regelmäßig Nachtdienst zu versehen hat, dreimal. Es soll ferner Vorsorge getroffen werden, daß die Ruhetage möglichst gleichmäßig verteilt werden und zu einem Drittel auf Sonn- und Feiertage fallen.“ — Hoffentlich bewahrt sich diese Nachricht.

Belgien.

Der Generalkonferenz beschloßen! Aus Brüssel wird uns unterm 12. Februar gemeldet: In einer gemeinsamen Sitzung nahmen der Parteivorstand, die Gewerkschaftskommission und der Vorstand des Genossenschaftsverbandes folgenden Beschluß an: „Die Sitzung spricht ihr Einverständnis aus mit der Haltung der sozialistischen Kammerfraktion, die im Laufe der Verhandlungen über die Verfassungsrevision alles getan hat, was in ihrer Macht liegt,

um eine verständliche Lösung zu ermöglichen, konstatiert jedoch, daß die unverantwortliche Haltung der Regierung und der Rechten den Generalkonferenz unvermeidlich macht, und fordert die Arbeiterklasse auf, die letzten Vorbereitungen zu treffen und zeitig Arbeitsverträge zu kündigen, damit am 14. April im ganzen Lande die Arbeit eingestellt wird.“

Balkan.

Vom Kriegsschauplatz liegt nichts Neues vor. Anscheinend hatten die Truppen einen Ruhetag.

Franz Schuhmeiers Tod.

Wir haben gestern schon kurz jenes schreckliche Verbrechen erwähnt, dem unser braver Genosse Franz Schuhmeier zum Opfer gefallen ist. Der Mörder heißt Kunschad und ist ein Bruder des gleichnamigen früheren christlich-sozialen Reichsratsabgeordneten. Im fanatischen Haß hat er unsern Genossen gemordet.

Über die von ihm aufgetriebene Terrorismsgeschichte läßt sich nur so viel feststellen, daß Kunschad vor mehreren Jahren bei der Firma Siemens & Schudert in Wien Arbeit nahm und dort von zwei Vertrauensmännern der freien Gewerkschaften aufgefordert worden ist, der Gewerkschaft beizutreten, da alle Arbeiter im Betriebe gewerkschaftlich organisiert waren. Kunschad lehnte das ab und trat aus dem Betriebe aus, nachdem er eine Erpressungsanzeige gegen die beiden Vertrauensmänner bei der Staatsanwaltschaft angebracht hatte, mit dem Erfolg, daß die beiden Vertrauensmänner verurteilt wurden. Dieser Vorgang hat natürlich nicht dazu beigetragen, das Zusammenarbeiten Kunschads mit den andern Arbeitern günstig zu gestalten. Es mag sein, daß er wiederholt Differenzen bekam und demzufolge die Arbeit wechseln mußte. Daß aber nicht viel an dieser Terrorismsgeschichte sein kann, die aufsehenerregend der Mörder sich zurechtgelegt hat, um sich die Märtyrerkrone eines Verfolgten aufzusetzen, ergibt sich aus dem gewiß unverdächtigem Zeugnis des Münchener Zentrumsorgans „Bayerischer Kurier“. Das Blatt gibt folgende Charakteristik von dem Mörder:

„Schuhmeier ist einem abscheulichen Nachakt zum Opfer gefallen. Es ist eine ganz verruchte Mordtat, mit welcher der Mörder seiner Partei — wir nehmen an, er sei christlich-sozial — den denkbar schlechtesten Dienst erwiesen hat, eine Sündtat, die, wenn im Vollbesitz der geistigen Kräfte ausgeführt, nicht beschönigt und nicht entschuldigt werden kann. Kunschad ist ein Mörder, ein feiger Mörder, und müßte als solcher mit dem Tode bestraft werden, wenn er für seine Tat verantwortlich zu machen ist, was hier so nicht entschieden werden kann. Kunschad wird von Leuten, die ihn kennen, als Sonderling geschildert, als ein eigentümlicher, unumgänglicher Mensch, den man nirgends zu etwas Rechtem gebrauchen konnte. Man kann mit dem spinnigen Menschen nichts anfangen — mit dieser Begründung wurde er von einem Arbeitsposten an den anderen abgehoben. Man konnte ihn nirgends auf die Dauer beschäftigen. Daher war er auch öfter und länger arbeitslos. Sein Bruder, der hervorragende christlich-soziale Arbeiterführer, war sein Abgott. Auf ihn war er stolz. Seinen Namen und seine Verdienste führte er ständig im Munde, sodas er Leuten, die mit ihm zusammen saßen, oft lästig fiel. Nicht verwinden konnte er es, daß sein Bruder bei den Reichsratswahlen unterlag. — Schuhmeier nahm ihm das Mandat in Hernals ab. Das traf den jetzigen Mörder schwer. Er scheint ehrgeizig gewesen zu sein. Es gefiel ihm, als Bruder seines Bruders eine Rolle zu spielen. Er meinte, von dem Ansehen, das sein Bruder sich erworben, müsse auch für ihn etwas abfallen. In seinen wirren Gedanken mag sich, wer kann das beurteilen, das alles zu dem entsetzlichen Plane verdrichtet haben, dem Schuhmeier auf diese schauerliche Weise zum Opfer fiel. Kunschad hat entschieden Unheil nicht nur über die bedauernswerte Familie seines Opfers, sondern auch nicht weniger über seine eigenen Angehörigen und nicht zum mindesten über die christlich-soziale Sache gebracht. Das war nicht sozial, am allerwenigsten christlich.“

Über die Persönlichkeit Schuhmeiers wird uns noch berichtet: Genosse Franz Schuhmeier war der populärste Mann der Wiener Arbeitererschaft. Man kann sich von seiner Volkstümlichkeit nur schwer eine Vorstellung machen. Es war eine Verkörperung aller Charaktereigenschaften des Wiener Arbeiters, sowohl im Temperament, als im Willen, in der Schlagfertigkeit und insbesondere auch in der unerbittlichen Gegnerschaft gegen den Klerikalismus. Seine Reden waren Meisterstücke volkstümlicher Beredsamkeit. Schuhmeier wurde weiteren Kreisen zuerst bekannt, als er Anfang der 90er Jahre, als kaum der Ausnahmezustand aufgehoben war und die Einigung der vorher sich bitter befehdenden beiden Lager gelangt war, das schneidige Kampfblatt „Volkspresse“ herausgab. Es muß als sein Verdienst bezeichnet werden, daß er den Treiberen gewisser Schädlinge der Arbeiterbewegung, die sich unter dem Namen „Anhängige“ aus der früheren anarcho-sozialen Fraktion herausgebildet hatten, ein Ende machte.

In all den Kämpfen der Wiener Arbeiter gegen die christlich-soziale Herrschaft in der Gemeinde und gegen das halbabsolutistische Regiment im Staat stand er an der Spitze, bis er schließlich 1901 in das Abgeordnetenhaus gewählt wurde. Dort errang er bald eine sehr geachtete Stellung, insbesondere die Militärfrage wurde sein Spezialgebiet. Im Wiener Gemeinderat waren seine alljährlichen Staatsreden, in denen er die gründlichste Kritik an den christlich-sozialen übte, stadtbekannt, und noch vor wenigen Wochen waren es Enthüllungen Schuhmeiers, die den Sturz des christlich-sozialen Bürgermeisters Dr. Neumann zur Folge hatten. Er gehörte auch der Delegation an, jenem Ausschuss des österreichischen Parlaments, der mit einem gleichartigen Ausschuss des ungarischen Parlaments die gemeinsamen Angelegenheiten Österreichs und Ungarns, in erster Linie die Militärfrage, zu beraten und zu entscheiden hat. Bei den letzten Wahlen zum niederösterreichischen Landtag siegte er auch über die christlich-sozialen, die hier noch mächtiger herrschen als im Wiener Gemeinderat.

Bei den letzten Reichsratswahlen 1911, die bekanntlich in Wien eine zerschmetternde Niederlage der christlich-sozialen bedeutete, gelang es Schuhmeier, zu seinem alten Wahlbezirk Ottakring (Wien XVI) auch noch den früheren Dr. Luegerischen Bezirk Leopoldstadt (Wien II) zu erobern; er entschied sich dafür, das letztere Mandat zu behalten. — Aus der einflussigen „Volkspresse“ war das Wochenblatt der niederösterreichischen Sozialdemokratie, die „Volkstribüne“, geworden, die er in Gemeinschaft mit dem alten Buchdruckerorganisator Hoeger in schneidiger und populärer Weise redigierte. Sie ist unzählige Male von der Staatsanwaltschaft konfisziert worden und hatte auch viele Prozesse zu bestehen. Das Blatt erreichte die für österreichische Verhältnisse schier ungläubliche Auflage von über 70 000 Abonnenten.

Schuhmeier wird kaum ersetzt werden können, er bildete so einen eigenen Typus für sich, daß man sich kaum einen Nachfolger denken könnte, der ihm gleichen würde.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, 13. Februar.

Die geplante Warenhaus- und Konsumvereinstellung sieht auf der Tagesordnung der Bürgerchaftsversammlung die am kommenden Dienstag stattfinden soll. Da vorher 17 Senatsanträge, die am letzten Montag nicht mehr zur Verhandlung kamen, der Erledigung harren, so ist kaum zu erwarten, daß die gesamte Ausnahmesteuer zur Verabschiedung gelangt.

Die Versammlung der Bürgerchaft, welche am Montag den 17. Februar, abends 8 Uhr, stattfindet, hat folgende Tagesordnung zu erledigen: 1. Errichtung dreier neuer Oberlehrerstellen an der Realschule zum Dom. 2. Nachbewilligung von 32 000 Mk. für das Stadttheater. 3. Errichtung eines Hofes für Obdachlose sowie einer Kinder- und Wöchnerinnenkammer. 4. Änderung des Artikels 46 der Verfassung. Aufhebung zweier Beschlüsse. Am Dienstag steht außer dem 17. am Montag, den 10. Februar nicht erledigten Senatsanträgen und der Warenhaussteuer noch ein Senatsantrag zur Ratifikation eines Zufahrtvertrages zu der auf das Hanseatische Oberlandesgericht bezüglichen Einkunft auf der Tagesordnung.

Die Abonnentenversicherung. Zur Frage der Abonnentenversicherung, die vor einigen Tagen im Reichstag zur Sprache kam, bemerkt die liberale „Berliner Volkszeitung“: Es sind die triftigsten und überzeugendsten Gründe ins Feld geführt worden gegen diese Methode, den Abonnentenstand mit einem Mittel zu jeben, das ganz außerhalb des Wesens und der Aufgaben einer Zeitung liegt. Freilich, wir erfreuen uns der Gewerbesteuer, und so gut wie ein Zeitungsbesitzer, der eine Abonnementsquittung zu einer Versicherungsprämie macht, Versicherungsagent und Versicherungsgesellschaft in einer Person darzustellen sich bemüht, so gut könnte ein anderer, der in der Lage war, durch einen Zufall große Wertschätze in Seefischen zu „tätigen“, den Abonnenten seines Blattes Seefische zu Vorzugspreisen abgeben. Ein anderer könnte Mineralwasserbuden errichten und gegen Vorzeigung der Abonnementsquittung auf sein Blatt den Preis für ein Glas Selters „mit“ oder „ohne“ um 30 Prozent herabsetzen. Allein in allen diesen Fällen würde nur immer der einzelne in Anspruch genommen werden, der die grünen Heringe der Redaktion kauft oder das Selterswasser der Expedition trinkt. Bei der sogenannten Abonnentenversicherung der Zeitung tragen aber sämtliche Abonnenten, die gehend bleiben, die Kosten für diejenigen Abonnenten, die bei einer Landpartie ertrinken oder sich durch eigene Ungeschicklichkeit beim Abspringen von der Straßenbahn um eins ihrer beiden Beine bringen. Denn ohne Zweifel: Wenn der Zeitungserleger die Summen, die er als Sterbegeld zahlt, seiner Zeitung direkt zugute kommen ließe, so würde er den inneren Gehalt des Blattes um so höher heben und um so reicher ausgestatten können, je mehr er mit den gezahlten Sterbegeldern zu prunken liebt. Durchaus zutreffend ist dieser Gedankengang im Reichstag angebeutet worden. Für das Publikum folgt daraus, daß es sich durch die Abonnentenversicherung einer Zeitung nicht zum Abonnenten bestimmen lassen soll. Eine Zeitung, die auf ihren inneren Wert vertraut und die einzig und allein darauf bedacht ist, diesen ihren inneren Wert unablässig zu steigern durch die Bereicherung und Vertiefung ihres Inhaltes, die hat es nicht nötig, Abonnenten an sich heranzuziehen durch Lockmittel, die mit der inneren Güte und der geistigen Bedeutung der Zeitung nichts zu tun haben.

In Lübeck ist es gerade ein liberales Blatt gewesen, welches durch Einführung der sogenannten Abonnentenversicherung zuerst den Nachweis erbrachte, daß sein innerer Wert ihm selbst zu gering erschien, um neue Abonnenten heranzuziehen. Obwohl hat dem Blatt aber auch die Abonnentenversicherung nicht genügt, denn aufgeklärte Leute gehen nicht auf solchen Leim. Vielmehr werden die „Lübeker Nachrichten“ demnächst einmal mit der billigeren Abgabe von Gebrauchsgegenständen gegen Vorzeigung der Abonnementsquittung einen Versuch zur Hebung ihres Abonnentenstandes machen.

Lehrlingsverleihung. Die Gewerbekammer macht bekannt: Den Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens in Handwerksbetrieben im Bezirke der Gewerbekammer Lübeck sind die nachstehenden Bestimmungen als § 10 a hinzuzufügen. Ein Lehrling darf einen Lehrling nur einem Handwerker, der die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen besitzt, zur vorübergehenden Beschäftigung überlassen (verleihen). Jede Verleihung eines Lehrlings bedarf der Genehmigung der Innung, welcher der Lehrling angehört, oder, wenn dieser keiner Innung angehört, der Genehmigung der Gewerbekammer. Die Verleihung eines Lehrlings nach außerhalb des Lübeckischen Staatsgebietes bedarf stets der Genehmigung der Gewerbekammer. Die Genehmigung ist schriftlich zu beantragen. Die Verleihung eines Lehrlings darf den Zeitraum von 6 Wochen nicht überschreiten. Die Verleihung auf je weitere 6 Wochen bedarf der erneuten Genehmigung der Innung bzw. Gewerbekammer. Die Innung hat jeden Fall einer Lehrlingsverleihung der Gewerbekammer innerhalb dreier Tage schriftlich anzuzeigen. Die dem Lehrherrn auf Grund des Gesetzes vom 30. Juni 1909, betreffend Umgestaltung der Gewerbeämter, obliegenden Pflichten gehen während der Verleihung auf den neuen Lehrherrn über.

St.-Gertrud-Bücherhalle. Jahresbericht für 1912. Die Zahl der ausgegebenen Bände betrug 4724. Es wurden entliehen: 1908 2944, 1910 4243, 1912 4724. Die Einführung von Jugendlesearten nach dem Muster der Öffentlichen Bücher- und Lesehalle seit dem 1. Oktober 1912 hat sich gut bewährt. Durch gedruckte Mahnkarten und Zahlung eines geringen Betrages für Mahngeld wurde ein Teil der Leser zu größerer Pünktlichkeit erjogen. Die Bücherausgabe fand wie in den Vorjahren Mittwochs und Sonnabends von 6 bis 7 Uhr statt und während der Wintermonate auch Montags von 12½ bis 1½ Uhr mittags. Die Zahl der Leser betrug vom 1. Oktober 1911 bis 1. Oktober 1912: 290 (288) und vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1912: 135 (164). Die Einnahme betrug: Bestand am 1. Januar 1912 168,42 Mk., Beiträge 188 Mk., Leiharten usw. 67,04 Mk., Zinsen 2,52 Mk., Büchererlös 20 Mk., zusammen 446,04 Mk. Ausgabe: Miete 144 Mk., Porto und Schreibmaterial 8,73 Mk., Buchbinder 34,75 Mk., Drucksaften 15 Mk., Neuanschaffungen 24,55 Mk., Verschleißenes 8,07 Mk., Bestand am 31. Dezember 1912 210,94 Mk., zusammen 446,04 Mk. In der Sitzung vom 30. Januar 1913 wurden die beiden Vorstandsmitglieder Fr. Kau und Fr. Weber wiedergewählt. An Stelle von Fr. Feldmann, die aus Gesundheitsrücksichten eine Wiederwahl ablehnte, trat Fr. Wächter.

Holzverkäufe. Am Donnerstag, dem 20. Februar 1913, vormittags 11 Uhr, beim Gastwirt Olmann in Schattin: 30 Stk. Eichen-Deicheln, 380 Stk. Eichen-Pfähle, 2 m lang, 1 m im Eichen-Kopf und -Knüppel, 11 m Buchen-Kopf, 100 Stk. Buchen-Eichen-, Buchen- und Weichh.-Büsch. Verzeichnisse am 14. Februar ab beim Holzpöcht Knoop in Schattin. — Freitag, dem 21. Februar, nachmittags 3 Uhr, in der Holzwerkstatt von Arminstrub in Weslase aus den Forstbetrieben Hammer, Wesloer Tannen und Moor, Schlutuper und Travetannen, Neutoppel und Kleiberg: Holz Nr. 443—460

und von 685 an. Eichen: 30 Hausen Büsch, Birken: 20 Hausen Büsch, Ellern: 4 m Knüppel, Kiefern: 222 m Kluft und Knüppel, 90 Hausen Stangenbüsch, Fichten: 35 Hausen Stangen-Büsch, 130 Baumpfähle und Bohnenstangen. Holzverzeichnisse vom 15. Februar an bei den Forstbeamten und in Arminstrub. — Am Sonnabend, dem 22. Februar 1913, nachmittags 2 Uhr, beim Gastwirt Ehlers im Sandbrugg an der Niendorf-Wesenberger Landstraße aus den Forstorten Moorgarten und Lehmbek: ca. 14 m Eichen-, Buchen- und Birken-Kluft, 1400 Stk. Kiefern-Schleete, 200 Stk. Kiefern-Bohnenstangen, 14 m Kiefern-Knüppel, 41 Hausen Kiefern-Büsch, 6 Hausen Weichholz-Büsch. Verzeichnisse vom 16. ds. Mts. ab im Verkaufstotal und beim Förster Gaebe in Niendorf.

Theaterbesuch. Das Stadttheater wurde im Januar 1913 an 81 Abenden von 17 454 Personen besucht, also durchschnittlich von 563 gegen 555 im Januar 1912. Der größte Besuch war am 18. Januar mit 1035 Personen („Meistersinger“), der kleinste Besuch am 20. Januar mit 313 Personen („Gudrun“); an 12 Nachmittags-Vorstellungen von 10 079 Personen, also durchschnittlich von 840 Personen gegen 786 an 12 Nachmittags-Vorstellungen im Januar 1912.

Straßensperrung. Wegen vorzunehmender Selbstarbeiten wird die Strecke der Dornstraße von der Margarethenstraße bis zur Ernestinenstraße vom Donnerstag, dem 18. Februar ds. Js. ab bis auf weiteres für den Fußverkehrsverkehr gesperrt sein.

Sausatheater. Man schreibt uns: Des enormen Zuspruchs und großen Erfolges wegen ist auf vielseitigen Wunsch der Spielplan mit „Rund um die Welt“ bis 28. Februar mit einigen neuen Einlagen verlängert worden.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: „Die Welt ohne Männer“, der humorvolle Schwank, geht morgen Freitag, 8½ Uhr, beim Einheitspreise von 50 Pf. pro Platz in Szene. Das lustige Stück fand hier bekanntlich ungeteilten Beifall.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Als 7. Volksvorstellung zum Einheitspreis von 75 Pf. pro Platz wird am Sonntag nachm. 3 Uhr Vorhings komische Oper „Der Waffenschmied“ gegeben. Die Auslosung der Plätze findet am Freitag und Sonnabend in der Zeit von 8—9 Uhr abends statt. Am Abend geht zum erstenmal die übermütige Posse „Bummelstudenten“ in Szene. Für Sonnabend steht Leo Falls Operette „Der liebe Augustin“ wieder auf dem Spielplan. Zur heutigen „Götterdämmerung“ sei noch mitgeteilt, daß außer dem Hagen (Giesen vom Stadttheater Köln) auch die Siegfriedpartie in den Händen eines Gastes, des Herrn Hans Nachob-Kiel, liegt.

Väter und Mütter der Arbeiterchaft!

Schickt eure schulentlassenen Söhne und Töchter zu den Veranstaltungen der :: ::

Freien Jugend Lübecks!

Schlutup. Eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet am Sonntag, dem 16. Februar, nachmittags präzis 4 Uhr, bei Saborowski statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Vortrag des Genossen Löwig: Lübeck über „Monarchie oder Republik“. Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder ist notwendig.

Altona. Die „weisse Frau“ vor Gericht. Unter strengem Ausschluß der Öffentlichkeit wurde gegen die Frau Marie Behrens verhandelt, die schon wegen Beihilfe zum Verbrechen gegen das feimende Leben verurteilt ist. Diesmal war sie desselben Verbrechens und der fahrlässigen Tötung angeklagt. Eine Frau aus Elmshorn hatte sich in ihre Hände begeben und war von der Behrens so bearbeitet worden, daß sie am anderen Tage im Krankenhaus starb. Die Behrens wurde vom Landgericht zu zwei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust verurteilt.

Sonderburg. Preussische Gastfreundschaft. Aus Nordschleswig, wo sich schon so manche Tat preussischer Unzulänglichkeit abgepielt hat, kommt die Nachricht von einer aussehensregenden Ausweisung. Der Landrat in Sonderburg hat den norwegischen Gutsbesitzer und Marineleutnant Concheron Ramot aus dem preussischen Staatsgebiet ausgewiesen. Der Ausgewiesene hat in mehreren dänischen Versammlungshäusern in Nordschleswig Vorträge mit Lichtbildern gehalten. Die vier Themata, die er zur Auswahl stellte, sind: China und die Revolution, Japan und die Mandchurien, Dänemark und Norwegen gemeinsame Geschichte, der große nordische Krieg. Die Vorträge hatten keinerlei agitatorischen Charakter für die dänische Sache in Nordschleswig, was ja schon der Titel sagt, es waren reine Bildungsvorträge. Als Ramot am Sonnabend nachmittags, als er von Landslet, wo er abends vorher im dänischen Versammlungshaus gesprochen hatte, in Sonderburg ankam, wurde er von der Polizei am Bahnhof erwartet, die ihm die Ausweisungsbefehle überreichte. Es bleibt nur die Vermutung, daß die Ausweisung nur deshalb erfolgt ist, weil Ramot in dänischen Versammlungshäusern gesprochen hat. Diese für Preussens Ansehen im Auslande gerade nicht förderliche Ausweisungsgeschichte bekommt dadurch einen komischen Anstrich, daß wie die dänische Presse in Nordschleswig berichtet — Ramot ein glühender Bewunderer Wilhelm II. sein soll, mit dem er während seines Dienstes in der norwegischen Marine persönlich zusammengekommen ist.

Woldegk. Eine blutige Revolveraffäre aus Eiferucht und verfrühter Liebe spielte sich in der Leutestube des Geschäftsführers Schütt in Karlsfelde ab. Als die Diensthofen dort beim Abendbrot saßen, feuerte der Schweizer Fritz Winkler aus einem Revolver Schüsse auf die Leute ab. Ein Schuß traf den Knecht Anton Woth am Arm, ein anderer streifte den Arbeitmann Wolfram am Auge, und ein dritter drang dem Dienstmädchen Helene Rotwitowski in die Brust. Die Verlegungen der beiden ersten sind leicht, dagegen wird das Mädchen kaum mit dem Leben davontkommen. Winkler hatte ein Liebesverhältnis mit der Rotwitowski unterhalten, das von dem Mädchen gelöst worden war, worauf sie ihre Liebe einem anderen geschenkt hatte. Eiferucht hat ihn zu seiner blutigen Tat getrieben. Der Täter hat sich der Behörde selbst gestellt.

Odenburg. Dem Kampf gegen die Kinos hat sich jetzt auch die odenburgische Regierung angeschlossen. Sie hat dem Landtag einen Gesetzentwurf vorgelegt, der

eine Besteuerung kinematographischer Vorstellungen bezweckt. Nach Art der in den preussischen Gemeinden bestehenden Luftbarkeitssteuer sollen die Gemeinden befugt sein, eine nach dem Eintrittsgelde zu berechnende und in die Gemeindefasse fließende Abgabe zu erheben. Befreit hiervon sollen Vorstellungen sein, die ein höheres Interesse für Kunst oder Wissenschaft aufweisen oder Unterrichtswecken dienen. In der Begründung der Vorlage wird u. a. ausgeführt, daß sich in den letzten Jahren die Kinos sehr stark vermehrt haben, mit recht geringen Kosten arbeiten und eine große Konkurrenz für die Theater sind.

Bremen. Bremen will keine Landkranken-tassen. Die Polizeidirektion der freien Hansestadt Bremen kennt kein Bedürfnis für die Errichtung einer Landkranken-kasse im Stadt- und Landgebiet Bremen an und hat daher dem Senat einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt, welchem der Senat bereits zugestimmt hat. Demnächst wird die Bürgerchaft hierzu Stellung nehmen und dem Senatsbeschlusse voranschicklich beitreten.

Bremerhaven. Drei Matrosen über Bord. Als der Fischdampfer „Juno“ der hiesigen Reederei Boffe sich am Sonnabend in der Nähe von Helgoland befand, wurden von einer Sturmssee drei Matrosen über Bord gerissen. Alle drei Mann sind ertrunken.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. „Die Sprache der Vögel“, Komödie in 3 Akten von Adolf Paul. Der Verfasser dieser Komödie ist unsern Lesern kein Fremder. Vor Jahren brachte der „Lübeker Volksbote“ seine fesselnde Lübsche Erzählung „Die Madonna mit dem Rosenbüsch“ zum Abdruck, die noch manchem in bester Erinnerung sein dürfte. Auch im alten Lübecker Stadttheater ist Paul bereits mit einer Doppelgänger-Komödie zum Wort gekommen. In der Komödie „Die Sprache der Vögel“ erweist sich Paul als ein Dichter, wenn auch nicht als Dramatiker, von bedeutenden Qualitäten, der die Schönheit der Form zu wahren versteht, ohne darüber zu vergessen, daß auch ein entsprechender Inhalt dafür die notwendige Vorbedingung ist, soll das Wort nicht ohne Eindruck verhallen. Das bekannte Wort Nietzsche's „Wenn Du zum Weibe gehst, vergiß die Weibliche nicht“ findet nach Paul bei dem, der verliebt ist, keinen Widerhall; so klingt es aus der Komödie von der „Sprache der Vögel“. Und mögen die Eigenschaften des Weibes, das sich seiner Macht bewußt ist, noch so wenig sympathisch sein, die Liebe macht den Mann blind dafür. Es ist sehr wahrscheinlich, daß Adolf Paul mit dieser Ansicht recht hat; wenigstens bei einem großen Teil unserer verehrlichen Mitmenschen. Seine Komödie erörtert dieses Thema jedenfalls in einer außerordentlich reizvollen und wirkungsvollen Weise, die auch denjenigen fesselt, der nicht überzeugt wird.

Die Aufführung der Komödie an unserer städtischen Bühne unter der von feinstem künstlerischen Geschmac geleiteten Regie Brunow's verdient uneingeschränktes Lob. Von Fr. Pfeigl wurde das überlegene Weib mit starkem Temperament und zwingender Berde gespielt. Herr Hof gab den König Salomo, der Nietzsche's Ansichten vertritt, selbstbewußt und kraftvoll. Den wirkungsvollen Gegensatz dazu bildete der in mBanne des Weibes stehende schwächliche Mann, den Herr Schüller verkörperte. Der jenseitige Rahmen, der dem Stück gegeben war, leuchtete in der Farbenpracht des Orients. Reicher Beifall belohnte alle Mitwirkenden.

P. L.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübeker Marktpreise vom 12. Februar.

Dauern-Butter Pfd. 1,40 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,50 Mk., Hofen 0,00-0,00 Mk., Enten 4,00-5,00 Mk., Fühner 2,00-3,00 Mk., Küfen Stück — Mk., Lauben Stück 60-70 Pf., Gänse Pfd. Pfg., Schinken Pfd. 1,20 Mk., Schweinskopf pr. Pfd. 60-70 Pfg., Würst, geräuchert Pfd. 1,30-1,60 Mk., Eier Stk. 9/2-10 Pfg., Kartoffeln 10 Pfd. 40 bis 50 Pfg., Spargel 1. Sorte — Pf., 2. Sorte — Pf., 3. Sorte — Pfg., Blumentohl der Kopf 20-40 Pfg., Rirschen, hiesige, Pfd. — Pfg., eingeschickte, Pfd. — Pf., Lebende Süßwasserfische: Schleie, Portionsschleie Pfd. 1,60, größere Pfd. 1,40 Mk., Karpfen, größere Pfd. 1,00 Mk., kleinere 80 Pfg., Mal, große Pfd. 0,00-1,20 Mk., mittlere Pfd. 1,00 Pfg., kleine Pfd. — Pfg., Karauschen Pfd. Pfg., Hechte, große Pfd. 60-70 Pfg., mittel 60-90 Pfg., Barche Pfd. 50-70 Pfg., Brachsen, gr. Pfd. 70 Pfg., kleine Pfd. 60 Pfg., Mand Pfd. — Pfg., Rotaugen, große Pfd. 30-40 Pfg., kl. Pfd. 30 Pfg., Krebse Pfd. — Pfg., Salzwasserfische: Doriche, lebende Pfd. 45-50 Pfg., frische Pfd. 30-35 Pfg., Butte, größere Pfd. 40 Pfg., kleinere 20-30 Pfg., Steinbutt, lebende Pfd. — Pfg.

Hamburger Eiermarkt vom 12. Februar.

Austrieb 1900 Schweine. Markt mäßig reg. Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 75.— bis 76.— (60.— bis 61.— Mk.) Mittelschwere Ware, von 240-260 Pfd., Tara 20 Proz., 74,50 bis 75.— (59,50 bis 60,00 Mk.) Mittelwäre, von 200-240 Pfd., Tara 22 Proz., 75,00 bis 75,50 (58,50 bis 59,00 Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 74.— bis 75,00 (57,50 bis 58,50 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 70.— bis 73.— (53,00 bis 55,50) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., — bis 73.— (58,50 bis —) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 68.— bis 72.— (53,00 bis 56,00) Mk.

Butter-Notierungen

d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.

Hamburg, 12. Februar.

1. Klasse 351 Drittel zu 141,86 Mk. im Durchschnitt.
2. „ „ „ 131,16 Mk.

Briefkasten.

2 Streitende. Für die Jagd auf wilde Kaninchen sind die Bestimmungen des Jagdgesetzes maßgebend.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung, Verleger: L. H. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübeker Volksbotes“

Verkauf (1069)
lebender Butt
 am Freitag,
 dem 14. Februar 1913
 vormittags von 8 Uhr ab
 an der
Holstenbrücke.

Allen denen, die meiner lieben, unvergeßlichen Frau und Mutter die letzte Ehre erwiesen, sowie für die überaus reichen Kranzspenden und die vielen Beileidsbezeugungen und Trostworte sage ich meinen innigsten Dank.

Rich. Schomacker
 und Kinder. 1062

Fl. Damen-Maskenkostüm billig zu verm. (1070) Wickedeitr. 68, pt.

Damen-Masken-Kostüm
 zu vermieten. 1066

50 schöne Damen-Masken-Kost. billig zu vermieten. (1019) Breite Straße 24. part. Hülshel.

2 flotte Masken-Anzüge
 zu vermieten oder billig zu verkaufen. (1073) Untertrave 47, II.

2 Türen u. 1 Dauerbrandofen
 billig zu verkaufen. (1065) Untertrave 64.

1 guterhaltener Kinderwagen
 mit Gummireifen billig zu verkaufen. (1067) Untertrave 89.

1 für. guterh. Kleiderschrank
 preiswert zu verkaufen. (1072) Hämöller, Grunstraße 23.

Verloren von einem Arbeiterleien 1 Portemonnaie mit 5.35 Mk., 2 Schlüssel u. 1 Uhrschl. Bitte abzugeben Ludwigstraße 37a.

Konfirmandenkleider werden sauber u. billig angefertigt. Damen- u. Kinderkleid., Kostüme. (1079) Hartengrube 46, II.

Die Arbeiter-Garderoben
 aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Otto Albers Kohlm.
 Markt 4 10
 sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. U. a.:
 Leberhosen . . . 2.20-6.45
 Maurerhosen . . . 2.60-6.75
 Schlofferhosen . . . 1.88-5.25
 Überziehhosen . . . 1.08-2.95
 Zwirn-Hosen . . . 1.68-3.25
 leinene Jacken, schräge u. gerade, 1.28, Kasen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Malermäntel erstaunlich billig. Mägen von 30 Pf. bis 1.88 Mk. Note Lubecam.

Bettfedern



Bettfedern u. Daunen
 Inletts Bettwäsche
Gebr. Hefti
 Lübeck
 Untertrave 111/112
 bei der Holstenstr.

Erf. Schneiderin empf. f. f. neue Gard. u. Änderungen; Knaben Gard. auch aus alt. Zeug. In u. auß. d. Hause. Alfstraße 23, im Lab. (1071)

Lübecker Straßenbahn.

Auf der Linie 7 Bahnhof—Israelsdorf und 14 Forsthalde—Kücknitz
 treten am Dienstag, dem 11. Februar ds. Js., folgende Fahrplanveränderungen ein:
 1. Es wird ein Schülerwagen eingelegt, welcher zwischen Kücknitz und dem Geibelplatz direkt verkehrt:
 Ab Kücknitz . . . 7 Uhr 20 Minuten morgens
 Forsthalde . . . 7 " 52 "
 an Geibelplatz . . . 7 " 52 "
 2. **Abfahrt der Spätwagen.**
 Richtung: Lübeck—Kücknitz
 ab Hansatheater . . . 11.00 Uhr
 Stadttheater . . . 11.07 "
 Geibelplatz . . . 9.57 11.10 "
 Kirchhof . . . 10.04 11.17 "
 an Forsthalde . . . 10.15 11.25 "
 an Kücknitz . . . 11.40 "
 Richtung: Kücknitz—Lübeck
 ab Kücknitz . . . 11.40 Uhr
 Forsthalde 9.25 10.15 11.54 "
 Kirchhof 9.36 10.26 12.05* "
 Geibelplatz . . . 10.33 "
 Stadttheater . . . 10.36 "
 an Hansatheater . . . 10.43 "
 *) Hat beim Kirchhof Anschluss mit dem letzten Spätwagen 12 Uhr 5 Minuten nach Kronsforder Allee.
 Lübeck, den 10. Februar 1913. (1032)
 Die Betriebsverwaltung.

Schneeweiße Wäsche
 gibt Ragoda-Schnellwaschmittel. Ohne Chlor. Garantiert unschädlich. Zur schnellen Einführung geben wir gratis und franko wertvolle Gegenstände z. B. gegen Gutscheine von 10 Pf. 1 echt silbernes Kollier, 1 Paar Messer u. Gabeln. Verlangen Sie Prospekte beim Kaufmann.
 Ragoda gilt nach dem heutigen Stande der Wissenschaft als bestes Waschmittel. Nicht zu helfen ist denen, die es nicht glauben und keinen Versuch mit Ragoda machen. (230)

Oeffentliche Volks-Versammlungen

als Protest gegen die geplante Warenhaussteuer finden statt:
in Vorwerk
 am Freitag, dem 14. Februar 1913, abends 8¹/₂ Uhr
 bei Herrn Stapelfeldt;
in Moisling
 am Sonnabend, dem 15. Februar 1913, abends 8¹/₂ Uhr
in Schreibers Kaffeehaus;
in Travemünde
 am Sonnabend, dem 15. Februar 1913, abends 8¹/₂ Uhr
 im Kolosseum.
 Tages-Ordnung:

1. Will man den Konsumverein durch Steuern erdrosseln?
 Referenten: die Herren Redakteur Stelling und Arbeitersekretär Mehrlein.
2. Freie Aussprache.

Mitbürger! Konsumenten! Im Falle der Annahme der vom Senat beantragten Warenhaussteuer werden auch die in den obigen Ortschaften bestehenden Warenabgabestellen durch die Steuer getroffen.
 Es gilt, durch einmütigen Protest zu zeigen, dass die Konsumenten mit dieser Steuer nicht einverstanden sind.
 Erscheint deshalb zahlreich in den angesetzten Versammlungen!
Der Vorstand (1041)
 des Konsumvereins für Lübeck und Umgeg.

Hansa-Theater.

Telephon 610. Dir. Gebr. Gollbach. Telephon 610.
 Des kolossalen Erfolges wegen
 bis 28. Februar 1913
Anfang 8¹/₄ Uhr Täglich **Anfang 8¹/₄ Uhr**
Rund um die Alster
 mit Gebrüder Wolf.
 Vorverkauf täglich bis 5 Uhr bei Sager (Kohlmarkt).
 Kassenöffnung 7¹/₄ Uhr.
 Nach der Vorstellung ab 11 Uhr: (1078)
Kabarett. Neue Künstler.

Vereinigte Butterhändler
 von Lübeck und Umgeg.
Allerfeinste Meiereibutter
 kostet Pfd. 1.55 Mk. (1077)

Vorträge der Oberschulbehörde.
 Syndikus Dr. Wallroth:
Das neue Rußland und seine wirtschaftliche Bedeutung.
 4 Vorträge.
 Freitag, den 14., 21., 28. Febr. und 7. März, abends 8¹/₂ Uhr, in der Aula der Ernestinenschule.
 Eintrittskarten zum Preise von 1 Mk. sind in den bekannten Stellen und an den Vortragsabenden in der Ernestinenschule zu haben. (990)

Achtung!
Kohlenplatzarbeiter und Kohlenkutscher!

Versammlung
 am Freitag, 14. Februar, abends 8¹/₂ Uhr
 im „Gewerkschaftshaus“
 Johannisstraße 50-52.
 Tages-Ordnung:
 1. Wahlen.
 2. Bericht d. Schlichtungskommission.
 3. Bericht ebendes.
 Der Vorstand,
 Das Erscheinen der Kollegen ist dringend notwendig. D. O.
Verband der Land-, Wald- und Weinbergarbeit. u. ArbeiterInnen Deutschlands. Zahlst. Wulfsdorf.

Einladung zum
Ball mit Kappenfest
 am Sonntag, 16. Februar
 im Lokale des Gastwirts L ü t h (1063) in Wulfsdorf.

Kalnbergs Variété.
 Täglich von 8-11¹/₂ Uhr.
 8 Kunstkräfte 8.
Der Höhepunkt des Sacherfolges!!
 Kalnberg in der Posse:
Ein Tag v. d. Hochzeit.
 Zum Schluß:
Mit eigenen Waffen.
 Nach der Vorstellung:
„Fidelitas“.
 Musik und Gesangvorträge bei freiem Eintritt. 1076

Stadthallentheater.
 Morgen Freitag, 14. Februar, abends 8¹/₂ Uhr:
 50 Pf. Einheitspreis. 50 Pf. Volkstümliche Vorstellung.
 Auf Wunsch der große Schlager:
Die Welt ohne Männer.
 (1075) Lübeck lacht Tränen.
 Vorverk. bei Friedr. Nagel u. C. Rog.

Neues Stadttheater.
 Freitag, den 14. Februar 1913.
 Anfang 7¹/₂ Uhr. Ende nach 9¹/₂ Uhr.
 126. Brst. i. B.-H. 21. Brst. i. Freitag-H.
Inge.
 Das Drama einer Liebe v. J. Trauow.
 Mittelpreise. 1074
 Sonnabend, den 15. Februar 1913.
 Anfang 7¹/₂ Uhr. Ende 10¹/₄ Uhr.
 127. Brst. i. B.-H. 21. Brst. i. Freitag-H.
Der liebe Augustin.
 Operette von Leo Fall.
 Kleine Preise.
 In Vorbereitung: **Bummelstuden.** Hoffe von Bohl und Willen. **Fra Diavolo.** Oper von Huber. **Frau Puttas Nutrene.** Schauspiel von Otto Anthes.

Geschäfts-Eröffnung.
 Einem verehrlichen Publikum Lübecks und Umgegend erlaube ich mir ergebenst mitzuteilen, daß ich mit dem 14. ds. Mts., morgens 9 Uhr, in der Vorstadt St. Lorenz,
Lindenstraße 36 eine
Fleischerei u. Wurstfabrik
 mit elektrischem Betrieb eröffnen werde.
 Geschäftszweige: Erstklassige Ware, solide Tagespreise.
 Indem ich sauberste und reelle Bedienung zusichere, bitte ich, mein junges Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.
 (1064) Hochachtungsvoll und ergebenst
Ludwig Helm.

Von Friedr. Gerstäckers gesammelten Werken
 empfehlen wir allen Lesern einer guten Unterhaltungslektüre nachbenannte Romane und Erzählungen

Im Busch. Regulatoren in Arkansas. Streif- und Jagdzüge in Nordamerika. Gold, kalifornische Erzählung. Im Eckfenster. General Franco. Unter dem Aequator. Die Kolonie; brasilianisches Lebensbild. Der Kunstreiter. Fußpiraten des Mississippi. Aus zwei Weltteilen u. a. m.

Sämtliche Bände sind schön gebunden und illustriert zu dem billigen Preis von nur Mk. 1.30 pro Band durch unsere Buchhandlung zu beziehen.
Friedr. Meyer & Comp.
 Johanni-straße 46.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, 12. Februar.

110. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Niemand.

Wahlrechtsantrag.

Auf der Tagesordnung steht der von den Sozialdemokraten beantragte Gesetzesentwurf:

„In jedem Bundesstaat muß eine auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gewählte Vertretung bestehen. Das Recht zu wählen und gewählt zu werden haben alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts in dem Bundesstaate, in dem sie ihren Wohnsitz haben. Die Zustimmung dieser Vertretung ist zu jedem Landesgesetz und zur Feststellung des Staatshaushaltsetats erforderlich.“

Abg. Wels (SD.): Der Antrag, der Ihnen heute wieder unterbreitet wird, ist Ihnen nicht unbekannt und ebenso wenig das, was wir zu seiner Begründung anzuführen haben. Ein Fortschritt in einer Frage ist bekanntlich dann festzustellen, wenn man aufhört, die Sache zu diskutieren. So beweist die Tatsache, daß wir immer wieder die alten Klagen vorbringen müssen, wie wenig Fortschritte es in unserem Vaterlande gibt und wie schwer es ist, ganz selbstverständlichen Forderungen Anerkennung zu erringen. Wenn ich versuchen wollte, Ihnen die Schlechtigkeiten des preussischen Wahlrechts, auf das es mir als Preußen zunächst ankommt, im einzelnen nachzuweisen, so hieße das wahrhaftig Kanonen aufhören, um nach toten Kägen zu schießen. Vor dem Nichterhalt der Geschichte, der Vernunft und Gerechtigkeit ist dieses System längst verurteilt. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Trotzdem aber lebt dieses Wahlrecht noch als eine brutale Tatsache und hat sich sogar im Laufe der Zeit ein dickes Fell angeeignet, das es völlig unempfindlich geworden ist gegen alle Pfeile. Auch für das Wahlsystem gilt wie für die Menschen das weiße Wort: Ist dein Ruf erst ruiniert, bist Du ganz ungentert. (Sehr gut!) Gegen das Dreiklassenwahlrecht kann schlechterdings nichts mehr gesagt werden, was nicht schon längst von aller Welt als unbestreitbare Tatsache anerkannt ist. Ich könnte mit dieser Frage nicht schärfer und treffender äußern, als es Bismarck z. B. in seinem berühmten Ausspruch getan hat und ich könnte auch nicht die klassische Prägnanz erreichen, mit der die Begründung der preussischen Wahlrechtsvorlage von 1910 einen integrierenden Bestandteil des preussischen Wahlrechts preisgab, indem sie erklärte: „Das indirekte Wahlverfahren hat sich überlebt.“ Ich erinnere auch an die Thronrede von 1908. Hier findet die Sozialdemokratie in ihrer Bekämpfung des preussischen Wahlrechts eine solche Unterstützung, daß ich mich beinahe wundern muß, in welche Gesellschaft sie gekommen ist. (Sttt.) Aber trotz aller Reulensschläge lebt der Balg noch und zeigt sich zäher, als je. Stärker als Vernunft und Gerechtigkeit haben sich ja von jeher die Interessen einer Klasse erwiesen, die auf all die schönen Dinge pfeift, wenn es gilt, festzuhalten, was sie erhält. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Das preussische Wahlrecht gänzlich veraltet und erledigt als Gegenstand der Diskussion existiert heute nur noch als eine Mahnfrage. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Freilich haben nicht alle Konservativen so ehrlich wie der Herr v. Hammerstein offen erklärt, daß sie an diesem Wahlrecht festhalten, weil es den Konservativen vor allem nützlich sei. (Hört, hört!) Da sie das Wahlrecht nicht mehr verteidigen können, verschoben sie das Feld der Diskussion, indem sie unsere positiven Vorschläge zum Gegenstand ihrer Kritik machen und gegen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht einen Feldzug eröffnen, indem sie behaupten, es sei unmöglich, ein ideales Wahlsystem überhaupt zu schaffen. Philosophen mit bestimmter Miene behaupten, das allgemeine Wahlrecht führe zur Verrohung, man müsse die Stimmen wägen und nicht zählen und was solche philosophische Originalitäten mehr sind. Es gibt aber keine Reform, die man nicht in derselben Weise unter Hinweis auf die fündhafte Unvollkommen-

heit alles Menschlichen ebenso wirkungsvoll bekämpfen könnte, wie die preussische Wahlreform. Muß man das elendeste aller Wahlsysteme erhalten, weil es nach Ansicht jener Philosophen ein allgemein anerkanntes vollkommenes Wahlrecht nicht gibt, muß man im Dreck der Urwelt stecken bleiben, weil man nicht in den Himmel fliegen kann! (Sehr gut!) Man spricht vom rohen Kult der Zahl; aber das Wesen jedes Gesetzes ist es, nicht zu individualisieren, sondern zu generalisieren. In diesem Sinne gibt es keine edlere Gleichmacherei als das Grundgesetz der Monarchie. Auch ein Dummkopf kann nach diesem Grundgesetz der monarchistischen Gleichmacherei ein Reich befehligen, unumskränkt über Millionen gebieten. (Sehr gut! h. d. Soz.) Könnte man es zur Not verstehen, wenn auch nicht billigen, wenn ein Teil der Bevölkerung als angeblich unreif von der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung ausgeschlossen wird, so ist es jedenfalls der Gipfel des Unrechts, wenn man auch unter den Gleichberechtigten da noch Unterschiede macht, und sagt: Ihr dürft zwar alle wählen, aber du hast soviel Stimmen, du soviel und du so viele. Es bleibt immer lächerlich, wenn man versucht, die unendlichen Verschiedenheiten der Individualität, der Bildung usw. in die Zahlen des Stimmalens zu pressen, wenn man sagt: Du verhängertes Genie hast eine Stimme, Du Unteroffizier hast mehr Stimmen und Du reichgewordener Bäckermeister hast 40mal soviel Stimmen. (Sehr gut! h. d. Soz.) Sicher ist doch Herr v. Heydebrand zehnmal klüger als viele von seinen Fraktionskollegen. Ich erinnere nur an sein Wort: Wir sind doch als Preußen hell genug, um zu wissen, daß kein Gesetz, auch kein Wahlgesetz, ewig sein kann. Diese Dinge müssen sich anordnen im wechselnden Fluß unserer ganzen politischen Entwicklung und die Partei, die nichts anderes für sich hätte, als die formalen Bestimmungen des Wahlgesetzes, würde auf die Dauer keinen festen Bestand haben. Schon durch diese eine Rede hat Herr v. Heydebrand bewiesen, daß er in der Tat zehnmal klüger ist, als eine große Reihe seiner konservativen Fraktionskollegen. Wenn er aber in einer Fraktionsführung bei einer frichtigen Abstimmung erklären würde: Ich bin zehnmal so geschickter als Sie, darum habe ich auch zehn Stimmen, so würden seine konservativen Parteigänger wahrscheinlich glauben, daß bei ihm plötzlich Geisteskrankheit ausgebrochen sei. (Sttt. und Sehr gut! h. d. Soz.) Die Verdrücktheit aber, die sofort erkannt wird, wenn so etwas im kleinen Kreise passiert, wird sogar von nationalliberalen Theoretikern als Ausfluß höchster Staatsweisheit geschildert, wenn es sich um größere Zahlen handelt. Wir Sozialdemokraten sagen, was im engeren Kreise Unvernunft ist, ist es im größeren Umfange erst recht. Ja, es ist eine Unverschämtheit! Und wir wollen beitragen zur Beseitigung dieser Unverschämtheit, darum fordern wir mit unserem Antrag das gleiche Wahlrecht. — Das allgemeine Wahlrecht fordern wir, weil wir der Ansicht sind, daß auch die Frauen nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen werden dürfen. Wir erwarten einen wohlthätigen Einfluß der Frau im politischen Leben, insbesondere in der Richtung der Bekämpfung des Lebensmittelpreises und im Sinne der Friedensbewegung. In allen Parteien vollzieht sich jetzt eine gewaltige Wandlung in bezug auf ihre Stellung zur Frauenfrage von den Konservativen angefangen bis zur fortschrittlichen Volkspartei. Die Konservativen, die auf dem Standpunkt stehen, die Frau gehört ins Haus, und müsse ferngehalten werden vom Gebiet der Politik, sind den Frauen entgegengekommen bei Gründung des deutschen Frauenbundes, bei dem Herr v. Liebert Bäte gestanden hat. Damit haben sie sich in Widerspruch gesetzt mit ihrem Grundsatz: Die Frau gehört ins Haus. Denn der Ruf zur Gründung des Deutschen Frauenbundes besagt ausdrücklich, daß die Frauen aufgestellt werden sollen über die politischen Tagesfragen, und diese Aufklärung soll erreicht werden in Wort und Schrift über alle politischen, nationalen und sozialen Fragen. (Hört, hört!) An der Entwicklung dieser Organisation haben mitgewirkt die Herren Kretsch, v. Oldenburg, v. Liebert, und auch Dr. Arendt. Ferner verweise ich die Herren auf die Erziehung, die Sie der gegenwärtig heranwachsenden weiblichen Jugend angedeihen lassen, die wirklich nicht dazu angetan ist, echte holde Weiblichkeit und häus-

liches Wesen heranzubilden. Gehen Sie doch daran, mit Unterstützung von Offizieren aller Grade, vom Unteroffizier bis zum Generalfeldmarschall in den Pfadfinderkorps des Jung-Deutschland-Bundes weibliche Abteilungen einzurichten. Ob das eine Erziehung zur Weiblichkeit ist, lasse ich dahingestellt. Vielleicht hoffen Sie, daß, wenn die ganze heranwachsende männliche Jugend einmal der Sozialdemokratie mit Haut und Haaren verfallen sollte, sich dann Amazonenkörper bilden, um dem Umsturz zu begegnen. (Gr. Sttt.) Die Absicht mag ja löblich sein, aber Erfolg werden Sie nicht haben. Und vor allem stellen Sie sich damit in Widerspruch mit den Grundsätzen, die Sie sonst betätigen, und die auch der Kaiser in seiner bekannten Rede in Königsberg doppelt unterzeichnet hat: Die Frau gehört in das Haus. Auch im Zentrum, das in der Emanzipation der Frau einen Bestoß gegen Grundsätze der christlichen Kirche sieht, wonach der Mann der Frau übergeordnet sein soll, gärt es. Auch dort vollziehen sich Wandlungen in den Anschauungen gegenüber der Frauenbewegung. Schon 1909 beschloß der Vertretertag des Windthorstbundes, jener Organisation, die dazu geschaffen ist, um die Agitatoren für das Zentrum heranzubilden, mit 331 gegen 8 Stimmen, die Frauen zur Mitgliedschaft zuzulassen. (Hört, hört! h. d. Soz.) Also auch das Zentrum wird sich schließlich mit dem Frauenwahlrecht abfinden. Die Nationalliberalen haben in einem Rundschreiben ihres Zentralvorstandes 1910 ausdrücklich die Hoffnung ausgesprochen, daß der Heranziehung der Frau zur politischen Betätigung größere Beachtung geschenkt werde, und daß die Frauen mehr als bisher zur politischen Mitarbeit in nationalliberalen Vereinen herangezogen werden. (Hört, hört!) Ebenso stehen die Freisinnigen der politischen Betätigung der Frau gegenüber, wenn auch auf ihrem letzten Parteitag manche Gegenstände dieser Frage zur Sprache gekommen sind. In der Tat ist es das allerschreiendste Unrecht, die Frau noch weiterhin vom politischen Leben auszuschließen. Denken Sie daran, daß 8 Millionen Frauen im Erwerbsleben stehen, die an den verschiedensten Fragen der Gesetzgebung auf das lebhafteste interessiert sind. Auch das Argument kann nicht ziehen, daß die Frauen der allgemeinen Wehrpflicht nicht unterliegen. Denen gegenüber, die erklären, daß das allgemeine Wahlrecht ein Korrelat der allgemeinen Wehrpflicht sei, muß betont werden, daß die Wehrpflicht den Frauen mindestens ebenso schwere Lasten auferlegt, und auch im Kriege kann man der Frauen nicht entraten als Samariterinnen und als Helferinnen. Und es ist noch verdienstlicher, Wunden zu heilen, als Wunden zu schlagen. (Sehr gut! bei den Soz.) Genau dieselben Gründe, die für unseren Antrag auf Gewährung des Wahlrechts auch an die Frauen sprechen, könnte ich anführen für die Herabsetzung der Altersgrenze auf 20 Jahre. Es besteht kein durchschlagender Grund, das Alter von 25 Jahren als die richtige Grenze anzusehen. Mit 20 Jahren wird man Soldat, mit 21 volljährig, dann ist der junge Mann imstande, eine Familie zu gründen, einen Haushalt zu errichten, ein Geschäft zu führen, er verfügt über Vermögen, aber zum Wählen soll er nicht reif genug sein. Die eingehende Betrachtung dieser Frage führt auf einige besondere Schönheiten der preussischen Verfassung. Ihr § 81 sagt, daß die Mitglieder beider Kammern als Vertreter des ganzen Volkes anzusprechen sind. Zu diesen Vertretern des ganzen Volkes drüben im Herrenhause zählen auch die 18 Jahre alten Prinzen des Königshauses, die ins Herrenhaus nach ihrer Volljährigkeit berufen werden können. Der junge Mann, der im Königschloß geboren ist, ist mit 18 Jahren Vertreter des ganzen Volkes, er hat die notwendige Reife dazu, der nicht mit der Krone Geborene ist höchstens reif, als Kanonenfutter sein Leben zu lassen für die heiligsten Güter der Nation. Im Kriege sind auch diese jungen Leute von 18 Jahren nicht minderwertig, nur im Frieden sind sie unfähig teilzunehmen am politischen Leben des Vaterlandes. Selbst in Ungarn mit seinem sonst so schlechten Wahlrecht sind die jungen Leute mit 20 Jahren wahlberechtigt und mit 21 Jahren wählt man in Frankreich, in England, in den Vereinigten Staaten und in Italien, auch in Bulgarien, Serbien, Rumänien und Griechenland. (Hört, hört!) Sie werden sagen, unser Antrag geht Ihnen zu weit. Dann

Hafenstürme.

Roman von W. W. Jacobs.

(8. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Ist das das Manifest des „Nordstern“?“ fragte er ihn.

„Nein,“ war die Antwort.

Herr Köppen steckte seinen Spiegel fort und beobachtete den andern, der nach dem Fenster ging und durch die kleinen schmutzigen Scheiben auf das geräuschvolle Leben unten im Hafen blickte. Eine kurze Weile stand Thießen so vor sich hin schauend schweigend da, dann schritt er plötzlich durch das Zimmer, nahm seinen Hut vom Haken und ging hinaus.

„Ruhelos,“ meinte der ältere Teufelhaber, indem er seine Brille mit großer Sorgfalt putzte und aufsetzte. „Ich möchte nur wissen, wo er das Manifest wieder hingesteckt hat.“

Er ging hinüber nach dem Pult des andern und öffnete eine Schublade, um es zu suchen. Darinnen lag obenauf ein Bogen Kanzleipapier und Herr Köppen machte sich mit wachsendem Erstaunen mit dessen Inhalt vertraut.

„Ich muß sie so oft als möglich sehen.“

„Ich muß versuchen, einige ihrer Bekannten kennen zu lernen.“

„Ich muß versuchen, an die alte Dame heranzukommen.“

„Ich muß ihre Neigungen und Gedanken ausfindig machen.“

„Ich muß mich bemerkbar machen, ehe Secunde seinen Willen bekommt.“

„Mir scheint,“ sagte der erstaunte Schiffsmakler zu sich, während er den Zettel sorgsam zurückschob, „daß mein junger Freund sich nach einem andern Partner umsieht. Er hat nicht viel Zeit verloren.“

Er ging nach seinem Platz zurück und beendigte seine Arbeit. Er sagte sich, daß er seinen Teufelhaber wissen lassen müsse, was er gesehen habe, und als Thießen zurückkam, hatte er sich kaum niedergesetzt, als Herr Köppen mit einem geheimnisvollen Lächeln zu ihm herüberkam, in der Hand einen Bogen Kanzleipapier.

„Ich muß versuchen, mich so gut zu kleiden, wie mein Sozjus,“ las der verwunderte Thießen. „Was ist mit meiner Cardrose los? Was meinen Sie damit?“

Statt aller Antwort ging Herr Köppen wieder an sein Pult zurück, nahm einen andern Bogen Kanzleipapier, begann wieder zu schreiben und hob die Hand zum Zeichen des Schweigens, als Thießen seine Frage wiederholte. Als er seine Arbeit beendigt hatte, brachte er sie herüber und gab sie dem andern in die Hand.

„Ich muß ihren kleinen Bruder spazieren führen.“

Thießen ballte das Papier zusammen und warf es beiseite. Dann starrte er mit puterrotem Gesicht auf den wohlwollenden Köppen.

„Das ist die sicherste Karte im Spiel,“ sagte letzterer. „Sie tun damit jedem einen Gefallen, besonders dem kleinen Bruder. Sie können ihn immer bei der Hand halten, denn erstens sieht es gut aus, und wenn Sie die Augen zumachen —“

„Ich brauche Ihren Ansin nicht,“ sagte Ernst wütend, „was fällt Ihnen ein, meine Privatpapiere zu lesen!“

„Ich kam herüber, um nach dem Manifest zu suchen,“ gab Herr Köppen zur Antwort, „und ich las es, bevor ich erkennen konnte, was es bedeuten sollte. Sie müssen zugeben, es ist etwas rätselhaft. Zuerst dachte ich, es sei ein neues Spiel. An die alte Dame herankommen, das klingt beinahe wie eine Art Blindkuh. Aber warum sich nicht gleich an die junge Dame machen? Wozu erst Zeit verschwenden —“

„Scheren Sie sich zum Teufel,“ erklärte ihm der jüngere Teufelhaber.

„Wenn ich Ihnen noch einige andere Anregungen geben darf, soll es von Herzen gern geschehen,“ sagte Herr Köppen und ging an seinen Platz zurück. „Meine ganze umfangreiche Erfahrung steht zu Ihren Diensten; denn die besten und süßesten und lieblichsten Mädchen in Wellhafen betrachten mich als eine Art zweiten Vater.“

„Was ist ein „zweiter Vater“?“ fragte Ernst ausblickend — „ein Großvater?“

„Lun Sie, was Sie wollen,“ meinte der andere, „ich wasche meine Hände in Unschuld. Sie meinen es nicht ernst, sonst würden Sie sich an jeden Strohhalm klammern. Aber lassen Sie mich Ihnen einen Rat geben. Sehen Sie sich vor, wenn Sie sich an die alte Dame heranzumachen, geben Sie ihr von Anfang an zu verstehen, daß sie nicht diejenige ist, welche.“

Herr Thießen fuhr fort zu arbeiten. Ein großer Haufen lag vor ihm und auch in den Schubladen hatte sich allerlei angeammelt. Eine Zeitlang schrieb er unverdrossen, aber die Arbeit war eine trodene Sache nach dem Gegenstand, den sie besprochen hatten. Er sah nach seinem Sozjus hinüber, und da er bemerkte, daß dieser Herr in eifriger Tätigkeit war, eröffnete er die Unterhaltung wieder mit einer Verpottung.

„Alle Jungfern wissen immer am besten, wie man Kinder erzieht,“ bemerkte er, „und alle Junggeheffen, die das Leben von der Höhe ihrer Erfahrungen herab betrachten, scheinen zu glauben, daß sie am meisten vom Heiraten verstehen.“

„Ich wasche meine Hände in Unschuld,“ wiederholte der ältere, „ich lasse mich durch Höhnen nicht bewegen, einem Verwundeten die erste Hilfe zu bringen.“

Den jüngeren mahnte das Gewissen und er verlor seine Geistesgegenwart.

„Wer versucht denn, Sie zu verhöhnen,“ fragte er eifrig. „Ich glaube, Sie würden mehr Unheil als Gutes anrichten.“

„Vielleicht ihm einen Verband um den Kopf legen, statt ums Herz, wie? kikierte Köppen. „Höhe der Erfahrungen?“ so sagten Sie ja wohl. Nun, ich bin zur Sicherheit da hinaufgeklettert.“

„Ihnen müssen ja viele nachgelaufen sein,“ meinte Thießen.

„Das stimmt,“ erwiderte der andere, „und ich glaube, deshalb interessieren mich diese Dinge auch so. Ich habe hier am Orte so vielen Leuten geholfen, sich zu verheiraten, daß ich mich beinahe fürchte, nach dem Dunkelwerden auszugehen.“

Thießens Antwort wurde durch den Eintritt des Herrn Eduard Lampe unterbrochen, eines jungen Mannes von hilflosem Aussehen, der in seiner Person die Ämter eines Boten, Reinmachers und Lehrlings der Firma vereinigte. Er brachte einige Briefe herein, legte sie auf Herrn Köppens Pult und ging wieder hinaus.

„Das ist noch einer,“ sprach Herr Köppen, als die Tür sich geschlossen hatte. „Sein Schmerz ist Amelia Löbel, und es hat ihn mächtig gepakt. Sie ist groß genug, um ihn zu verspeisen, aber ich glaube, sie sind verlobt. In diesem Falle hat es die Beharrlichkeit getan. Er pflegte umherzugehen wie eine verwelkte Blume.“

„Ich habe ziemlich viel zu tun“, unterbrach ihn sein Sozjus.

Herr Köppen seufzte und machte sich wieder an seine eigne Arbeit. Eine Zeitlang schrieben beide Männer schweigend. Dann legte der ältere plötzlich seine Feder nieder und schlug geräuschvoll mit der Faust auf sein Pult.

„Ich hab's,“ sagte er lebhaft, „entschuldigen Sie mich demütig wegen all Ihrer Offenherzigkeit und ich will Ihnen eine Mitteilung machen, die Ihre trüben Augen erhellern, Ihre herabgezogenen Mundwinkel wieder hochziehen und Ihren jugendlichen Wangen wieder Farbe und Schmelz geben soll.“

„Hören Sie mal —“ sprach der arme Thießen.

„Peter Wilkens,“ unterbrach Herr Köppen, „wohnt in der Eichenallee Nr. 3 und ist Freitag zwischen sieben und neun für die Tochter seines ehemaligen Kapitans zu Hause, die ihn immer an diesem Tage besucht. Veruchen Sie nicht, mir zu danken, Thießen, für den Fall, daß Sie hereinfallen sollten. Sie ist ein sehr hübsches Mädchen, und wenn sie zwanzig Jahre früher, oder ich zwanzig Jahre später geboren wäre, oder wenn Sie überhaupt nicht zur Welt gekommen wäre, wer weiß, was nicht alles hätte geschehen können.“

Könnten Sie ihn ja entsprechend amendieren. Wenn Sie ihn aber als Ganzes ablehnen, so ist das nichts als eine Ausrede, um einer klaren Stellungnahme auszuweichen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die preussische Regierung hat in dem Entwurf von 1910 selbst die direkte Wahl gefordert. Die Unmoral der indirekten Wahl ist von den allerbedeutendsten Leuten hervorgehoben. Ich erinnere die Nationalliberalen an den Aufruf ihrer Partei von 1907, worin Miquel und Lasker das allgemeine, gleiche, direkte, geheime Wahlrecht für das festeste Bollwerk der Freiheit erklärten, worin sie Preussens Geschichte als eng mit den Lebensbedingungen des deutschen Volkes verknüpft hinstellen und sagen, sie werden sie um so glücklicher erfüllen, je weiter und breiter alle Klassen zur Beteiligung herangezogen werden, das beschränkte Dreiklassenwahlrecht habe sich überlebt. (Hört, hört! bei den Soz.) Wenn man das liest und Herrn Schiffer vor sich sieht oder an Herrn Friedberg denkt, so könne man wirklich eine Konsequenz in der nationalliberalen Partei annehmen, nämlich die Konsequenz in der Entwicklung nach rechts. Man könnte da an das Wort Franz Ziegler von den blauen Hinterlassenen der Demokraten denken, das er einmal in einem Gedicht an Lassalle gebrachte. Wir werden wohl wieder das Schauspiel erleben wie vor drei Jahren, daß die Nationalliberalen grundsätzlich eine reichsgesetzliche Regelung der Wahlrechtsfrage für erlaubt erklären, dann aber sagen, sie ist unmöglich. Auch das Zentrum wird ähnlich verfahren. Ich bemide es um seine Kunst, aus dem wohlfortierten Lager seiner Grundzüge immer diejenigen herauszuholen, mit deren Hilfe man auf die weiche Seite fällt. Die Wähler des Zentrums bemide ich allerdings nicht um ihren politischen Scharfsinn. Herr Spahn meinte freilich im Jahre 1909, der Reichstag sei in dieser Frage an die Initiative des Bundesrats gebunden. Damit steht er aber im Gegensatz zu Windhoff und so reaktionären Staatsrechtslehrern wie Professor Krudt und Laband. (Hört, hört! bei den Soz.) Im Artikel 4 der Reichsverfassung ist das Staatsbürgerrecht als Gegenstand der Reichsgesetzgebung festgesetzt und daraus folgt ohne weiteres, daß das Reich und zwar auf Initiative des Reichstages jederzeit für die Bundesstaaten eine Verfassung mit gewissen fundamentalen Grundzügen verwirklichen kann. (Lebh. Sehr richtig! bei den Soz.) Alles, was dem Reichstagswahlrecht, der Reichsverfassung, der freihheitlichen Entwicklung feindlich ist, konzentriert sich in dem einen Worte Preußen. (Lebh. Sehr richtig! bei den Soz.) Die Verschlechterung des Wahlrechts in Sachsen, die Wahlrechtsentwässerungen in Alben, in Hamburg, jetzt mit Hilfe der Fortschrittler in Neuß j. L. und Schwarzburg-Rudolstadt wären unmöglich gewesen, wenn die Regierung Preußens die Worte beherrschte, mit denen Wilhelm I. am 25. Juli 1870 in den Krieg zog: „Er hoffe, daß der Krieg dauernden Frieden bringe, und daß aus der blutigen Saat einer von Gott gesegneten Erde deutsche Freiheit und Einigkeit spriegen werde.“ Die Sehnsucht nach der Freiheit und die Anerkennung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung kam bei den Hohenzollern immer zum Ausdruck, wenn sie das Volk brauchten. Der Krieg brachte die Einheit. Aber an Stelle der Freiheit kam der Kulturkampf, die Völkerverdrängung, die Verschärfung der Strafgesetzgebung und das schandwürdige Sozialistengesetz. Die Herrschenden feiern in diesem Jahre die Wiederkehr Preußens, das Jahr des Einiges aller Kräfte der Nation zur Wiedergewinnung der Hohenzollernischen Hausmacht. Das Volk wartet noch heute auf den Dank vom Hause Hohenzollern. Wie nach 70 die Katholiken und Sozialdemokraten verfolgt wurden, so damals die deutschen Patrioten. Trotz aller Versprechungen des Königs geschah nichts, geschah auch nichts unter Friedrich Wilhelm IV. Erst in diesen Tagen hat der Träger der Krone in Königsberg von den Opfern gesprochen, die das Volk bringen müsse, von den Banden der Liebe und Treue zwischen Fürsten und Volk. In den Tagen der Jubiläumsbegeisterung fiele wohl manch bitterer Tropfen, wenn der kaiserliche Redner seine Blide noch weitere fünfzig Jahre hätte zurückweisen lassen. Damals, als sein Ahn Friedrich II. sich wegen der verlorenen Schlacht bei Kunersdorf mit Selbstmordgedanken trug, betätigte sich der preussische Adel als derjenige Realpolitiker, der er heute noch ist. Ohne jeden Versuch des Widerstandes gegen die Kräfte, die der Adel seine Milizen auf, und die preussischen Stände huldigten feierlich der Kaiserin Elisabeth. Friedrich II. hat das dem Adel nie vergessen. Er hat 1781 noch eine nachgeahmte Audienz des Adels mit dem Bemerkenswerten bemerkt, daß die ostpreussischen adeligen Stände keine Vaterlandsiebe hätten. (Hört, hört! bei den Soz.) Die offizielle Presse bemüht sich gegenwärtig, die Welt zu überzeugen, daß die Verlobung der Tochter des Kaisers mit dem künftigen Herzog von Braunschweig das braunschweigische

Volk aufs freudigste bewege. Ich wage das zu bezweifeln. Braunschweig hat bis heute noch ein Wahlrecht, das ebenso reaktionär wie das preussische ist. Das wird die Stimmung des Volkes erheblich dämpfen, und man muß sich immerhin fragen, ob nicht in das Glöckchen und in die Talmibegeisterung des offiziellen Schaugepräges der Einzugsfeier auch der Ruf des rechtlosen Volkes nach einem freien Wahlrecht erschallen wird. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Das wäre freilich eine Disharmonie, aber doch nur die einzige Mühe, die die Stimmung des Volkes richtig wiedergibt. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Heute noch wartet das Volk auf die Gewährung seiner auf Schlachtfeldern und in Strafkampfen errungenen und ihm wieder genommenen Rechte. Es wäre zu wünschen, daß der Träger der Krone sich wieder mehr der Auffassung zuneigte, die er in der Thronrede von 1908 ausdrückte; aber zu erwarten ist das nicht, denn der Träger der Krone ist nicht und kann nicht sein eine über den Parteien stehende Macht, er ist nur der Vollstrecker des Willens der herrschenden Klassen, die königlicher sind als der König und die ihm die Einlösung seines Versprechens aus Gründen der monarchischen Doktrin unterlagen. Die herrschenden Klassen trauen sich nicht mehr die Kraft zu, in allgemeinen gleichen Wahlen die Mehrheit des Volkes zu gewinnen, sondern wollen das Wahlgeld durch Klassen-, Kasten- und Privilegienysteme korrigieren oder auch durch Gewaltmaßregeln, zu denen Herr v. Kardorff jüngst im Abgeordnetenhaus riet und die Herr v. Oldenburg im Dezember 1906 noch deutlicher verlangte, als er gegen die süddeutschen Wahlreformen die preussischen Exponenten aufrief. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Herren, die das Reich unter Kuratel Preußens bringen wollen, die die Bundesfürsten zu Vasallen degradieren, handeln nur nach dem Spitzbubengrundsatz: Was euer ist, ist mein! Und was mein ist, geht euch nichts an! Alle diese Angriffe sind nichts anderes als Kämpfe der Herrschenden gegen die aufstrebende Klasse der Arbeiter und ihre politische Vertreterin, die Sozialdemokratie. Dabei kann in Preußen meine Partei durchaus noch nicht auf die Mehrheit der Bevölkerung rechnen. Das gleiche Wahlrecht würde in Preußen nur eine ähnliche Gruppierung ergeben wie hier im Reichstage. Aber die Gegner des gleichen Wahlrechts rechnen offenbar mit einer gewaltigen Stimmenzunahme der Sozialdemokratie, sie haben ein uns ehrendes Zutrauen zur sieghaften Kraft unserer Propaganda. (Sehr gut! bei den Soz.) Diesen Gegnern möchten wir zurufen: Habt doch um Gotteswillen ein wenig mehr Courage! Kämpft doch auf dem Boden des gleichen Wahlrechts, und wenn Ihr verliert, wird die Welt auch nicht darüber zugrunde gehen. Sogar der Reichskanzler sollte uns dankbar sein, wenn die Dissonanzen mit Preußen fallen. Graf Posadowsky hat diese Dissonanzen damit erklärt, daß sowohl die Majorität im Reichstage, als auch die im Landtage, Einfluß auf die Regierung ausüben will. Da wird auch ein stärkerer zerrissen als der gegenwärtige Reichskanzler. (Sehr wahr! bei den Soz.) Da reicht für ihn die Rhinoceroshaut des Fürsten Bülow nicht mehr aus, dazu muß er die Eigenschaften eines Chamäleons haben. Das Dreiklassenwahlrecht ist nicht nur ein Unrecht und ein Unfug, es ist auch eine politische Kalamität für die Regierung und für alle Parteien mit Ausnahme der Konservativen. Eine Aenderung auf gesetzlichem Wege ist nur möglich, wenn die Nationalliberalen ihren Widerstand aufgeben würden. Aber statt eines allgemeinen Aufmarsches gegen rechts sehen wir einen allgemeinen Aufmarsch gegen links. Die Sozialdemokratie sieht im Wahlkampf einer Isolierung entgegen, die ihr als Partei sehr nützen wird, aber der Sache der Wahlreform sehr schadet. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Angst vor der Polizei, vor dem Terrorismus der Rechten, vor den Philistern in den eigenen Reihen, treibt die Liberalen herdenweise ins Lager der Rechten. Und damit verschwindet der letzte Schein der Hoffnung, daß in Preußen auf dem Wege ruhiger innerer Gesetzgebung ein Fortschritt erreichbar ist. In dieser Situation ist es unsere Pflicht, alle Möglichkeiten einer gesetzlichen Weiterentwicklung zu erschöpfen, indem wir den Reichstag auffordern, dem politischen Notstand in Preußen und anderen Bundesstaaten ein Ende zu machen. Wir erfüllen diese Pflicht, um mit ruhigem Gewissen der Zukunft entgegenzusehen zu können, die vielleicht schwerere Kämpfe bringen wird als bisher. Wir sind friedliche Leute (Lachen rechts. Sehr wahr! bei den Soz.), wir sind Fanatiker der Gewaltlosigkeit. (Zustimmung bei den Soz.) Wir sind unversöhnliche Optimisten in der Hoffnung auf die gesetzlich geordnete Erfüllung unserer reif und überreif gewordenen Forderung. Was sollen wir aber jenen Leuten entgegen, die uns sagen, Ihr seht doch, daß auf gesetzlichem Wege nichts zu erreichen ist. Der König hält sein Wort nicht, die bürgerlichen Parteien wollen nicht oder sind ohnmächtig, und die

Reichsgesetzgebung versagt. Wie sollen wir die naheliegenden Schlussfolgerungen widerlegen? Sie sagen vielleicht: Die praktische Betätigung dieser Forderung wäre ein Unglück für das Staatsganze, und vielleicht auch für meine Partei. Ich bestreite das nicht, aber gerade um dieses Unglück durch eine weit vorausschauende Politik zu verhindern, haben wir unsern Antrag eingebracht. Sie ahnen ja garricht, welche Summe von Haß und Erbitterung in den Massen aufgeschwemmt ist. Die Massen verlangen ihren Anteil an den Rechten des Staates. Dieser Bewegung den weitesten Spielraum zu öffnen, wäre wahrhaft konservativ und staatserkhaltend. Sich ihr mit brutaler Gewalt entgegenzustellen, heißt nach dem Grundsatze handeln: nach uns die Sintflut. Auf die Dauer können Sie nicht über ein Volk regieren, daß an Ihre Gerechtigkeit nicht mehr glaubt, Ihre Versprechungen verachtet, Sie haßt und Ihnen mißtraut. Die äußere Ordnung können Sie vielleicht noch eine lange Zeit aufrecht erhalten, aber dieser Zustand wird morsch sein, und die schwere Lebens- und Wartezeit, die Sie über das Volk verhängen, muß eines Tages zu Ihrem Schrecken ein Ende nehmen. Darum warnen wir und raten wir: Nehmen Sie unsern Antrag an! Mögen Sie auch nicht an die Macht der Massen glauben, wir fühlen sie, sie steht hinter uns, sie treibt uns vorwärts, sie wird auch dieser Forderung zum Siege verhelfen. Wir werden zu unserem Ziele gelangen, und nur darüber haben Sie zu entscheiden, ob wir dahin gelangen mit Ihnen oder über Sie! (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Dr. Spahn (3.): Ich beschränke mich auf die Erklärung, die Graf Honpelsch für uns schon zweimal abgegeben hat. Wir halten an der Auffassung fest, daß die Gestaltung des Wahlrechts in den Einzelstaaten zu deren Zuständigkeit gehört und der Beschlußfassung im Reiche entzogen ist. Andererseits bringt die Entwicklung immer deutlicher die Tatsache zum Bewußtsein, daß das Wohl und Wehe des Deutschen Reiches von einer harmonischen Gestaltung des Verfassungslebens nicht zu trennen ist. In einem Staat der allgemeinen Schulpflicht und Wehrpflicht ist es ein Widerspruch, wenn einzelne Teile der Bevölkerung von einer wirksamen verfassungsmäßigen Vertretung ihrer Rechte und Interessen ausgeschlossen sind. Was das Reich seinen Bürgern gewährt hat, wird auch in den Einzelstaaten bewilligt werden müssen. Dieser Widerspruch wird umso peinlicher empfunden, je länger er aufrecht erhalten wird. Er ist dem Staatswohl nicht entsprechend, sondern schädlich. Aber eine Frage von solcher Bedeutung kann eine befriedigende Lösung nur finden, wenn sie in Zeiten des Friedens in Angriff genommen wird. Nach der Reichsverfassung ist der Reichstag nicht in der Lage, hier die Initiative zu ergreifen. Wenn aber die Regierung dem Reichstag einen Entwurf zugehen läßt, der eine Erweiterung der Zuständigkeit des Reiches vorschlägt, so sind wir bereit, ihm unsere Zustimmung zu geben.

Basser mann (M.): Auch wir haben keine Veranlassung, von unserer Auffassung abzugehen. Wir erkennen dem Reiche das Recht zu, für jeden Einzelstaat eine aus Wahlen der Bevölkerung hervorgehende Vertretung zu verlangen. Darüber hinauszugehen und die Einzelheiten einer solchen Verfassungsreform vorzuschreiben, lehnen wir wie bisher ab.

Graf Kanitz (R.): Der Antrag verstoßt gegen die Grundlagen der Reichsverfassung. Die Regelung der inneren Verfassung der Bundesstaaten ist nicht der Reichsgesetzgebung übertragen worden. Sie würde nicht ihr übertragen werden können, ohne die Souveränität der Einzelstaaten zu berühren und dadurch die bundesstaatlichen Charakter des Reiches ins Wanken zu bringen. Letzteres entspricht den Bestrebungen der Sozialdemokraten, das Reich in einen Einheitsstaat auf demokratischer Grundlage zu verwandeln. Der Antrag stellt nur ein Glied in der Kette dar, auf diesem Gebiete weiterzukommen. Wir erheben gegen diese fortgesetzte Verletzung unserer Verfassung Einspruch. (Lachen bei den Soz.) Wir lehnen es grundsätzlich ab, uns an der Erörterung zu beteiligen, weil der Reichstag durch eine solche Erörterung seine Zuständigkeit überschreitet. (Beifall rechts. Erneutes Lachen bei den Soz.)

Kopisch (Sp.): Die Zustände in Mecklenburg und Preußen sind unhaltbar. Wir protestieren dagegen, daß sich das Preussische Abgeordnetenhaus in Reichsangelegenheiten einmische. Das preussische Wahlrecht genügt den Mindestforderungen, die das Reich in seinem Interesse stellen muß, schon längst nicht mehr. Trotzdem können wir dem sozialdemokratischen Antrag nur insoweit zustimmen, als er das Reichstagswahlrecht verlangt. Für das Frauenwahlrecht und das Wahlrecht für Jugendliche sind die Verhältnisse noch nicht reif.

Seyda (Pol): Dem Grundgedanken des Antrages stimmen wir zu, denn das Ausnahmerecht gegen uns in Preußen ist nur möglich, weil es dort ein elendes Wahlrecht gibt. Mertin-Dels (Rp.): Der Antrag widerspricht der Reichsverfassung und wir lehnen es ab, auf seine maßlosen Forderungen überhaupt einzugehen. (Lautes Lachen bei den Soz.)

Burdhardt (Wg.): Der Antrag dient nur Agitationszwecken. Wir hätten in Preußen längst ein vernünftiges Wahlrecht, wenn es keine Sozialdemokratie, sondern nur eine christlich-nationale Arbeiterbewegung gäbe. (Sturm. Gelächter bei den Soz.)

Damit schließt die erste Lesung. Da ein Antrag auf Kommissionsberatung nicht vorliegt, wird sofort in die zweite Lesung eingetreten.

Dr. Liebknecht (Sd): Die gähnende Leere auf den Regierungsbänken und auf der Rechten ist ein Beweis für die Notwendigkeit dieser Debatte und unseres Antrages, der den gegenwärtigen schmachvollen politischen Zuständen in Preußen ein Ende machen soll. (Sehr wahr! b. d. Soz. — Dr. Karm rechts. — Zurufe rechts: Schmachvoll?)

Vizepräsident Dove: Ich bitte, die Zulässigkeit dieses Ausdrucks nicht weiter zu bezweifeln. Auf Besten angehend, würde ich ihn rügen. Aber auf Zustände angehend, unterliegt er nicht meiner Kritik. (Lebhaft. Bravo! links — Unruhe rechts.)

Dr. Liebknecht: Wie immer, werden Kompetenzbedenken vorgebracht. Am unwürdigsten ist die Haltung des Zentrums. Wenn die Regierung einen Entwurf vorlegt, will das Zentrum ihm zustimmen. Als ob der Reichstag nicht dieselbe gesetzgeberische Initiative hätte, wie die Regierung. (Sehr richtig! links.) Die Haltung der Rechten ist auch höchst sonderbar. Man denke nur an Schwarzburg-Rudolstadt. Die dortige Regierung hat beim Staatsrechtslehrer Laband ein Gutachten eingeholt und Laband hat erklärt, daß gegebenenfalls, wenn die Regierung mit dem Landtag noch nicht regieren kann, die Exekutive des Reiches einschreiten und die Regierung dort auch ohne Budget regieren könnte. (Lebhaftes Hört, hört! links.) Dieses Gutachten ist in der gesamten konservativen Presse mit Begeisterung begrüßt worden. (Hört, hört! links.) Jetzt aber soll auf einmal das Reich nicht das Recht haben, ein Geschick, wie wir es vorgeschlagen haben, zu erlassen. So geht die Logik zum Teufel, wenn man nur seine barbarischen Gewalttätigkeiten dem Volke gegenüber durchsetzen kann. (Sehr wahr! bei den Soz., Unruhe rechts.) Ich glaube, wenn es sich darum handeln würde, von Reich wegen gegen Württemberg, Baden, Bayern oder Posen vorzugehen, so würde sich die Rechte auch nicht so sehr wehren. (Sehr wahr! links.) Aber jetzt wird Zeter und Mordio geschrien, weil es sich um das geklebte Preußen handelt und um Mecklenburg mit dem Ochsenkopf im Wappen. (Geisterkeit links.) Nicht aus jur-

Wenn ich es wünsche, daß Sie sich in meine Angelegenheiten einmischen,“ sagte Thiesen, eifrig weiter arbeitend, „werde ich Ihnen Bescheid sagen.“

„Sehr schön“, erwiderte Köppen, „aber jedenfalls erinneren Sie sich daran, Donnerstags, von sieben bis neun.“

„Donnerstags?“ fragte Thiesen unvorsichtig, „wie, Sie sagten doch eben Freitags!“

Herr Köppen gab keine Antwort. Seine Kasse tauchte in den Falten eines großen Tischtuches unter und seine Augen trübten sich merklich hinter ihren Gläsern.

Es verging eine Minute, bevor er wieder in seine normale Verfassung gelangt war, und selbst dann wurden die reißbaren Nerven seines Teilhabers hin und wieder durch ein veräppeltes Köcheln beleidigt.

Obgleich Herr Thiesen durch heikelförmige und vorläufige Fragen ermittelte, daß die Zukunft seines Teilhabers korrekt gewesen war, empfand er keineswegs irgend welche Gebühre der Dankbarkeit ihm gegenüber, aber er schob zornige Blide, als dieser ausgerechete aber private Herr am Freitag nachmittag auf einen Stuhl trat und ihn, indem er die Uhr um mehrere Stunden vorstellte, drängte, rechtzeitig fortzugehen.

Indessen fand ihn der Abend langsam auf dem Wege in der Richtung nach der Eisenbahn. Sein Vater war wieder in See gegangen und des Haars sehr viel; übrigens empfand er eine gelinde Reue, zu leben, welche Veränderungen die Zeit an Herrn Willens vorgenommen habe. Er ging am Ufer entlang, und als die Kirchenglocke dreiviertel schlug, bog er in die Allee ein und hielt einige Minuten nach dem alten Steward.

Die Reden des Tages waren vorüber und die Bewohner fanden zum großen Teil vor ihren Türen, um frühe Lust zu schnappen. Staatsräthliche Hausbesitzer lehnten langsam an den Fenstern und lauschten über die Straße, mit Kopfschütteln geschüttelte Strohe hinweg, welche ihre kleinen alten Häupter kaum gegenwärtig ihre Gedanken aus, während die mehr geistig entwickelten Jüngere in kleinen Gruppen umherliefen und sich über Gegenstände unterhielten, welche in diesem Kreise besprochen, das Land mit Verleumdungen besudelt überflutet haben würden. Die Allee hinauf und nach unten sah ein kleiner Junge, der mit dem Namen eines kleinen Kindes rief, das seit dem letzten Herbst nicht mehr gesehen worden war, und sich nach dem Ufer zu bewegte, um sich mit dem kleinen Jungen zu unterhalten, freundschaftlich zu begrüßen, da er sich nicht nach seiner Mutter schickte.

Der Gegenstand von Herrn Thiesens Nachforschungen lag vor der Tür seines Nebenbarns, des nach der Allee hinabgehenden, in die eine oberirdische Straße und andere unterirdisch auf die Untertage seiner Nachbarn. Er bemühte sich

gerade vor, sich in seinem Lehnstuhl aufzurichten, als der Eindringling vorbeikam, als dieser zu seinem größten Erstaunen vor ihm Halt machte, seine Hand ergriß und sie inbrünstig schüttelte.

„Wie geht es Ihnen?“ wurde er lachend gefragt.

Herr Willens sah ihn verblüfft an, befreite dann seine Hand, und setzte sie zurückhaltend in seine Hosentasche.

„Ich hatte die Absicht, schon früher zu kommen“, sprach Thiesen weiter, „aber ich hatte immer so viel zu tun. Wie geht es Ihnen?“

Herr Willens, noch immer konsterniert, murmelte etwas dagegen, daß es ihm sehr gut ginge. Dann setzte er sich gerade in seinen Stuhl hin, und musterte seinen Besucher mit argwöhnischen Blicken.

„Ich habe mich nach einer Mauderei mit Ihnen über alte Zeiten geseht“, erzählte Thiesen, „von allen meinen alten Freunden scheinen Sie sich am wenigsten verändert zu haben. Sie sehen auch nicht um einen Tag älter aus.“

„A, man wird alt“, meinte Herr Willens und versuchte, sich zu sprechen, bemerkte aber mit einigem Wohlgefallen, welche Wirkung das Erscheinen seiner elegant gekleideten Bekanntschaft auf seine Nachbarn ausübte.

„Ich wollte Sie um Ihren Rat fragen“, sprach der gewöhnliche Thiesen in seinem Ton. „Ich glaube wohl, Sie wissen, daß ich in eine Firma hier in Melbafen eingetreten bin, und es ist mir gesagt worden, kein Mensch wisse besser über die Geschäfts- und die Verhältnisse hier in der Stadt Bescheid, als Sie!“

Herr Willens laute wider seinen Willen auf. Sein Gesicht strahlte und sein großer Mund verzog sich zu einem zitterigen Lächeln. Einen Augenblick zögerte er, als er dann aber bemerkte, daß eine kleine Gruppe in der Nähe ihre Unterhaltung unterbrach, um der seinen zuzuhören, zog er seinen Stuhl zurück und lud mit freundlicher Stimme den Weisheitsjüngler ein, herinzukommen.

Thiesen dankte ihm, trat ins Haus, setzte sich in einen Stuhl hinter der Tür und neigte mit einer Niene jugendlicher Ehrerbietigkeit sein Ohr, um die Worten anzuhören, welche von den Lippen seines Vaters fielen. Seit er vor 60 Jahren als Kind auf seiner Mutter Schoß gesessen, hatte Herr Willens niemals einen so aufmerksamem und bewundernden Zuhörer gehabt. Thiesen sah da, als sei er auf seinen Stuhl gesunken, das eine Auge auf Herrn Willens, das andere auf die Uhr gerichtet. Herr Willens selbst aber bemerkte den unangenehmen Stand der Dinge nicht eher, als bis dieser alle Zeitmesser die Stunde geschlagen hatte.

(Fortsetzung folgt.)

